

Environmental sustainability and institutional innovation in France: landscape study - report for the Commission of the European Communities research project “Environmental sustainability an institutional innovation” BR 838/4-1

Reiner Keller

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Keller, Reiner. 1996. “Environmental sustainability and institutional innovation in France: landscape study - report for the Commission of the European Communities research project ‘Environmental sustainability an institutional innovation’ BR 838/4-1.” München: MPS - Münchner Projektgruppe für Sozialforschung e.V.

MPS-Texte 1/96

**Environmental Sustainability and Institutional Innovation in
France**

Landscape Study

Reiner Keller

**Report to the Commission of the European Communities
Research Project "Environmental Sustainability and
Institutional Innovation" BR 838/4-1**

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	2
1 Strukturmerkmale der französischen Umweltdiskussion und Umweltpolitik	2
1.1 Der Staat als Vorreiter der Zivilgesellschaft	2
1.2 Das institutionelle Feld der Umweltpolitik	4
2 'Development Durable' als institutionelles Leitbild	7
2.1 Probleme der französischen Adaption des Begriffs 'sustainable development'	7
2.2 Das institutionelle Feld von 'développement durable'	9
(1) Politik und Administration	9
(2) Zivilgesellschaftliche Diskussionsforen	13
(3) Wirtschaftsakteure	15
3 'Développement durable' als Diskurs - Positionen der Akteure	16
3.1 Der politisch-administrative Diskurs	17
(1) Exekutive	17
(2) Parlament und Parteien	25
3.2 Die Sichtweisen der NGOs	26
3.3 Die Sichtweisen der Wirtschaftsakteure	31
(1) Die Unternehmen	31
(2) Gewerkschaften	36
4 Institutionelle Innovation und Partizipation	37
5 Bilanz: Semantik und Pragmatik eines Begriffs	40
6 Literatur	44
Verzeichnis der durchgeführten Interviews	46
Verzeichnis der Abkürzungen	47

Vorbemerkung

In den beiden vergangenen Jahren wurden die öffentlichen Debatten in Frankreich dominiert von den 'großen Ereignissen' in Politik und Gesellschaft: Präsidentschaftswahlkampf, zweifache Regierungsneubildung, Korruptionsaffären, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Atomtests, Prozesse sozialer Exklusion, Terrorismus, Revision der Sozialversicherung, Streiks. Umweltschutz ist als Thema und politische Bewegung nach einer kurzen Konjunktur in den Jahren 1989-1992 verschwunden. Der Themenkomplex des 'developpement durable' hat die massenmediale Öffentlichkeit (noch) nicht erreicht. Die Diskussion um die 'durabilité' Frankreichs findet in Nischen statt und wird primär in Bezug auf umweltbezogene Fragen geführt. Relativ breiteren Raum nimmt sie lediglich in wissenschaftlichen Kontexten ein. Für 1996 ist jedoch eine nationale Debatte über 'sustainability' angekündigt.

Nachfolgend werden zunächst die wichtigsten *Strukturmerkmale der französischen Umweltdiskussion und -politik* zusammengefaßt. In einem zweiten Schritt wird das *institutionelle (Akteurs-)Feld der 'durabilité'-Debatte* vorgestellt. Daran schließt ein Überblick über die *Positionen der wichtigsten Akteure* an. Im vierten Kapitel wird erläutert, inwieweit die mit dem Begriff 'developpement durable' assoziierte Idee zivilgesellschaftlicher *Partizipation und institutioneller Innovation* neue Formen des gesellschaftlichen Dialogs entstehen läßt. Im abschließenden Kapitel wird ein *Fazit* der bisherigen französischen Diskussion gezogen.

1. Strukturmerkmale der französischen Umweltdiskussion und Umweltpolitik

1.1 Der Staat als Vorreiter der Zivilgesellschaft

Der allgemeine Stil der französischen Umweltdiskussion und -politik kann durch drei Merkmale beschrieben werden: das *Auf und Ab der öffentlichen Resonanz von Umweltthemen*, ihre Einbettung in Fragen *internationaler Wettbewerbsfähigkeit und nationalstaatlicher Souveränität* und ihr *technokratischer Charakter*. Vor dem Hintergrund dieser Merkmale übernimmt der französische Staat traditionellerweise die Rolle des *Vorreiters der Zivilgesellschaft in Fragen des Umweltschutzes*.¹

Die Diskussion über Umweltprobleme verläuft in Frankreich in wellenförmigen *Konjunkturen der öffentlichen Zu- und Abwendung*. Nach einem Höhepunkt in den siebziger Jahren anlässlich des staatlich forcierten Ausbaus der zivilen Kernenergienutzung und einer breiten Diskussion über 'alternative' Gesellschaftsformen sind Umweltfragen in den achtziger Jahren jenseits einzelner Skandale und Katastrophen kein mobilisierendes öffentliches Issue. Erst ab 1989 kommt es zu einem neuen Boom der Umweltthemen: 'Les Verts' verbuchen überraschende Erfolge bei den Lokal- und Europawahlen, und schnell entsteht ein größerer Markt an umweltbezogenen Medienerzeugnissen. Über die Konferenz von Rio, über Ozonloch und Klimakatastrophe wird ausführlich berichtet. 'Umwelt' scheint

¹ Vgl. dazu Chabason/Theys (1991), EIU (1990), Müller-Brandeck (1995), Schreiber (1991), Mathiau (1992), Ammon (1989), Rucht (1994), Alphandery u.a. (1992), Lascoumes (1994), Cité des sciences et de l'industrie (1994), Roger/Guery (1991), Theys/Kalaora (1992), Simmonet (1994), Le Saout (1995).

sich als politisches Issue jenseits einzelner katastrophischer oder skandalträchtiger Ereignisse etabliert zu haben.² Ein nationaler Umweltplan stellt einen Katalog dringlicher und weitgehender Maßnahmen vor. Doch vier Jahre danach ist das Thema Umwelt aus der französischen Öffentlichkeit wieder verschwunden. Die grünen Parteien rutschen in die politische Bedeutungslosigkeit. Die Umweltverbände müssen um ihre Mitglieder und Finanzen fürchten. Die neue Regierung Juppé unter der Präsidentschaft von Chirac kürzt die Mittel des Umweltministeriums und sieht ihre Prioritäten bei einer konsequenten Sparpolitik im Hinblick auf die Erfüllung der Kriterien von Maastricht (Reduzierung des Haushaltsdefizits), der Förderung wirtschaftlichen Wachstums, dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und der Konsolidierung der Sozialversicherung. "Mon travail, c'est de voir comment on peut créer des autoroutes tout en respectant l'environnement", beschreibt die neue Umweltministerin Corinne Lepage ihre Rolle (Libération, 26.9.95).

Ein zweites Merkmal der französischen Umweltpolitik ist ihre traditionelle Verortung im Spannungsfeld zwischen *nationalstaatlicher Souveränität und Zwängen internationaler Wettbewerbsfähigkeit*. Ein wirtschaftspolitisch motiviertes 'Halte aux gaspillages' und eine 'économie des matières premières' sind prominente Rahmungen seit Beginn der siebziger Jahre. Fragen nationaler Souveränität (Rohstoffversorgung, Abfallentsorgung, Energieversorgung), gesamteuropäischer Normierung (Emissionsstandards, Normen) und internationaler Wettbewerbsfähigkeit (Katalysator, Getränkeverpackungen, Produktions- und Produktstandards) sind Motoren ökologischer Modernisierung in Frankreich. Die zeitweise besondere Emphase im Hinblick auf globale Problemlagen (Klima, Ozon) knüpft an das Selbstverständnis als Weltmacht, Sprecher der französischsprachigen dritten Welt und 'Garant' der Menschenrechte an.

Die geringe Bedeutung der Zivilgesellschaft und die wichtige Rolle des Staatsapparates geben den umweltpolitischen Entscheidungen schließlich drittens eine spezifische 'technokratische' Note. Umweltpolitik ist Sache der Exekutive und durch die starke Stellung des Präsidenten und der Administration geprägt. Der Begriff der 'Umwelt' hat hohe Affinitäten zum Begriff der 'Lebensqualität'. Deren Gewährleistung wird als administrativ-technische, nicht als politische Aufgabe wahrgenommen. Wissenschaftliche Expertise ist ein Monopol der Verwaltung, d.h. insbesondere der Ingenieure (Theys/Kalaora 1992). Die Exekutive nimmt in Ausführung der Beschlüsse von Brüssel und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie die Rolle des Motors ökologischer Modernisierung ohne öffentlichen Druck wahr (EIU 1990:13ff). Das zentrale umwelt- und infrastrukturpolitische Problem ist die Blockade vieler Entscheidungsprozesse seit Mitte der achtziger Jahre durch lokale Widerstände (Nimby-Syndrom). Die Exekutive reagiert darauf mit Partizipationsangeboten. Informationsflüsse, Transparenz und Beteiligung interessierter Akteure sollen politische Handlungsspielräume öffnen. Verhandlungen zwischen Staat, Wirtschaft und Umweltschutzgruppen verlaufen direkt, ohne Umweg über die Massenmedien. Reale Einflußpotentiale lassen sich nicht aus

² Vgl. Sainteny (1994), Les Cahiers Français (1991), Le Monde vom 10. u. 11.6.1992 mit einem Special über 'La France 'ecolo''; Le Monde Diplomatique, Juni 1992: 'Une Terre à redécouvrir. Special Rio'.

der öffentlichen Diskussion abschätzen. Der generelle Tenor der öffentlichen Umweltdiskussion jenseits der Skandale bewegt sich auf *pragmatisch-rationalistischem* Boden: eine Politik des *wissenschaftlich Gesicherten, technisch Machbaren* und *ökonomisch Vertretbaren* wird mehr oder weniger konsensuell im Selbstverständnis als (cartesianische) 'französische Attitüde' der Vernunft und Verantwortung favorisiert; allzu globalisierende oder dramatisierende Szenarien werden abgelehnt. Die Vorgaben der EU, die Weltmarktorientierungen international operierender Konzerne und die zentralistische Tradition des französischen Staates haben zusammen mit der 'Kontaktkultur' zwischen Umweltbewegung, Staatsbeamten, Wissenschaftlern und Wirtschaftsvertretern eine kontinuierliche Ausweitung von umweltpolitischen Maßnahmen ermöglicht.

1.2 Das institutionelle Feld der Umweltpolitik

Die französische Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung reicht ins 17. Jahrhundert zurück. In den sechziger Jahren orientiert sie sich am Gesundheits- und Arbeitsschutz und ist in erster Linie anlagenorientiert; seit den siebziger Jahren wird Umwelt insgesamt als gefährdet und schutzwürdig betrachtet. Mit dem Gesetz zur Schaffung von Nationalparks (1960) und dem Rahmengesetz zur Bekämpfung der Luftverschmutzung (1961; Neuregelung vorgesehen) beginnt die neuere Umweltgesetzgebung im Nachkriegsfrankreich. Gesetze gegen die Gewässerverschmutzung (1964), bezüglich der Regelung der Abfallbeseitigung (1975; Neuregelung 1992), des Naturschutzes (1976; Neuregelung 1995), der Vermeidung der Meeresverschmutzung (1976), der Kontroll-, Genehmigungs- oder Anmeldepflichten von Anlagen (1976), die Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung bei größeren Bauvorhaben (1976) u.a.m. vervollständigen die Grundlagen der derzeitigen Umweltpolitik. Seit 1971 existiert das französische *Umweltministerium* in unterschiedlichen institutionellen Verankerungen bei gleichbleibend geringer Mittelausstattung und unter schnell wechselnden personellen Besetzungen. Für die aktuelle Situation ist die Amtszeit des aus der Umweltbewegung (*Les Amis de la Terre*, *Generation Ecologie*) kommenden Staatssekretärs B.Lalonde (1988-1992) von Bedeutung. Ihm folgen S.Royal (1992-1993), M.Barnier (1993-1995), seit den Präsidentschaftswahlen und Regierungsneubildungen 1995 C.Lepage.³

Die Kompetenzen des Ministeriums wurden nach und nach erweitert. Seit je her werden seine finanzielle und personelle Ausstattung als defizitär angesehen. Als "ewiger Junior" der französischen Regierung habe es nur die (schwachen) Umweltverbände zur Unterstützung (Müller-Brandeck 1995). Es bleibt "toujours une instance fragile, faiblement dotée budgétairement, sans corps de spécialistes et à l'autorité incertaine face à ses partenaires ministériels (...) Peu présent au plan national, ce ministère est encore plus absent sur le terrain local, là où s'incarnent véritablement les politiques publiques" (Lascoumes 1994:16). Das Umweltministerium ist auf die technischen Verwaltungen, d.h.

³ Die Amtsinhaber sind in der Regel ausgewiesene Fachleute und haben gute Kontakte zur Umweltbewegung (z.B. H.Bouchardeau, B. Lalonde, auch M. Barnier, der sein Arbeitsprogramm auf dem Jahreskongreß von FNE vorstellte; vgl. *Libération*, 10.5.93; *Le Figaro*, 26.7.93). Die jetzige Umweltministerin C.Lepage hat als Anwältin die Interessen von Betroffenen des Tankerunfalls der *Ammoco Cadiz* oder die Kläger gegen den französischen Schnellen Brüter (*Superphenix*) vertreten, muß nun aber mit dem Regierungsbeschuß leben, den Schnellen Brüter wieder in Betrieb zu nehmen.

die Außenstellen der Ministerien für Industrie, Landwirtschaft, Infrastruktur, Bauwesen usw. angewiesen. Als wichtigste Vollzugsbehörde vor Ort fungieren bis 1992 die DRIR (seit 1992: DRIRE), die als regionale Außenstellen des Industrieministeriums an erster Stelle industrie- und wirtschaftspolitische Aufgaben wahrnehmen. Ihnen obliegt sowohl die Anlagenkontrolle im Auftrag des Umweltministeriums bezüglich der 'installations classées' als auch die regionale Industrieförderung. Ihr Ermessenspielraum ist von industriepolitischen Überlegungen geprägt. Das damit angesprochene Vollzugsdefizit gilt als generelles Charakteristikum der französischen Umweltpolitik. 90% aller gültigen umweltrechtlichen Bestimmungen gehen auf Richtlinien der EU zurück. Grenzwertfestschreibungen orientieren sich generell an den EU-Mindeststandards. Der '*Plan National pour L'Environnement*' aus dem Jahre 1990 enthält eine umfassende Defizitbilanz französischer Umweltpolitik und formuliert weitgehende umweltpolitische Handlungsziele im Rahmen eines Zehn-Jahres-Plans. Die Umsetzung verläuft allerdings sehr zögerlich.⁴ Die Regierungsneubildungen im Jahre 1995 scheinen die Position des Umweltministeriums innerhalb der französischen Regierung weiter zu verschlechtern. So kommentiert die Tageszeitung *Libération* den neuen Stellenwert der Umweltpolitik und die Handlungsspielräume der derzeitigen Umweltministerin: "L'environnement rentre dans le rang. Corinne Lepage (...) a décidé de jouer la technicienne. (...) Sans souffle ni vision politique". Das Budget des Umweltministeriums für 1996 liegt mit 0,13% des Staatshaushalts um 6 Millionen Francs unter dem Vorjahresbudget (0,14%). Die Finanzierung der wichtigsten staatlichen Umweltbehörde ADEME wird von 46 Millionen FF auf 30 Millionen FF gekürzt. Gefördert werden sollen verstärkt Arbeitsplätze im Umweltbereich, und hier besonders auch in kleineren und mittelständischen Unternehmen. Im Rahmen der Umsetzung der Rio-Beschlüsse wird die Einrichtung eines neuen Nationalparks in französisch Guayana angekündigt. Auch ein neues Luftreinhaltegesetz wird vorbereitet. Im Rahmen des Finanzgesetzes von 1996 wird auf Kosten des Schienenausbaus ein umfangreiches Straßenbauprogramm verabschiedet, an dem die Umweltministerin nur flankierend beteiligt wird (*Libération*, 26.9.95).

Die französische Umweltpolitik wird auf nationaler Ebene in einem komplexen strategischen Handlungsfeld entwickelt und vollzogen. Neben den politisch-administrativen Strukturen (Präsident, Premierminister, Ministerrat, das interministerielle Secretariat Général de Commerce International, Ministerien, interministerielle Komitees) sind dabei die informellen Corps-Strukturen von besonderer Bedeutung (Bourdieu 1989). Der einflußreiche 'Corps de Mines' ist im Industrieministerium stark, in anderen Ministerien an strategisch wichtigen Stellen vertreten und gilt als 'Bremsen' der Umweltpolitik:

"Parce que l'administration française est constituée en corps, il n'y a pas de corps environnement, donc le ministre n'a pas un lobby dans l'administration qui le soutient. Et au contraire, il a affaire à des corps qui eux existent et qui ont mis des gens en place au ministère de l'environnement, parmi ces corps-là, (...) le corps le plus stratégique c'est ce qu'on appelle les X- Mines polytechnique. (...) Le corps des X-Mines, qu'il ne faut pas confondre avec le Ministère de l'Industrie (...) les X-Mines, il ne faut pas se tromper, c'est bien plus puissant que le Ministère de l'Industrie" (11).

⁴ Vgl. Ministère de l'Environnement (1990), Jeannotat (1990), Chabason/Theys (1991), Müller-Brandeck (1995).

Finanz-, Wirtschafts- und Infrastrukturministerium vertreten innerhalb der Exekutive die Interessen der Wirtschaft und zeigen eine ausgeprägte Klientelorientierung (Müller-Brandeck 1995). Auch das Umweltministerium stimmt umweltpolitische Regelungen mit den wichtigsten Industrie-Akteuren ab oder verhandelt über Selbstverpflichtungen (Branchenverträge). 'Erfolge' in der französischen Umweltpolitik hängen in hohem Maße vom politischen Fingerspitzengefühl und Engagement der Amtsinhaber an der Spitze des Umweltministeriums ab. Dabei spielen Kenntnisse des Verhältnisses von internationalen Abkommen und Gremien und nationalen Machtstrukturen eine wichtige Rolle. Das *Comité Interministeriel pour l'Environnement* CIEN soll als Querschnittsstruktur zwischen den verschiedenen Ministerien Aktionsprogramme zur Integration von Umweltpolitik in die allgemeineren Staatspolitiken entwickeln (Ministère de L'environnement 1995c:3). In den regelmäßigen Arbeitstreffen werden Umweltgesetze, Dekrete u.a.m. diskutiert und zwischen den Ministerien koordiniert.

Das französische *Parlament*, bestehend aus *Senat* (Vertreter der Gemeinden, Departements und Regionen) und *Assemblée Nationale* (Nationalversammlung), beeinflusst in der Umweltpolitik nur die Rahmengesetzgebung. Die umweltpolitischen Kompetenzen sind bei den staatlichen Ministerien und Instituten gebündelt. Die französische Umweltpolitik ist "in besonders hohem Maße entparlamentarisiert" (Müller-Brandeck 1995:20) und erfolgt auf dem Verordnungswege. Ähnlich gering ist die Rolle der *Parteien* im politischen Entscheidungsprozeß im Allgemeinen, und in der Umweltpolitik im Besonderen (vgl. EIU 1990:2ff u.17ff). Grüne Parteien haben auf nationaler Ebene keine Bedeutung.

In den 22 *Regionen* haben sich Instanzen für Umweltfragen im Rahmen der Zuständigkeit für Wirtschaftsförderung und Raumordnungsfragen herausgebildet. Die Selbstverwaltungsaufgaben der 96 *Departements* beziehen sich auf Naturschutzgebiete und die Vorbeugung und Bekämpfung von industriellen Unfällen. Die 36000 *Gemeinden* haben kommunale Zuständigkeiten im Bereich der Wasserversorgung und der Abfallbeseitigung. Daneben sind die Bürgermeister zuständig für die Erteilung von Baugenehmigungen aller Art und sie üben die polizeiliche Gewalt im Hinblick auf die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung, der Sicherheit und der Gesundheit in ihrem Verwaltungsbereich aus.

Die französische *Umweltbewegung* ist traditionell schwach und leidet aktuell unter Mitgliederschwund und Bedeutungsverlust: "En fait on a du mal à faire vivre des mouvements sociaux en France. Et il y a toujours la tendance pour l'Etat français d'en faire soit des courroies de transmissions soit des relais, soit des instruments" (15). Die wichtigsten Verbände werden regelmäßig vom Umweltministerium zur Mitarbeit eingeladen. Auch zwischen Wirtschaft und Umweltbewegung bestehen zunehmend gute Kontakte. Stärker oppositionell verorten sich die in Frankreich marginalisierten Umweltverbände Greenpeace oder Robin des Bois. Ein besonderes Kennzeichen vieler französischer Umweltverbände ist der hohe Finanzierungsanteil durch staatliche Gelder und staatliche Forschungsaufträge. Die räumliche Konzentration der Verbandsspitzen in Paris führt zu 'Kopfstrukturen', die im Rahmen informeller und formaler Kontakte Einfluß auf die staatliche Umweltpolitik nehmen kann. Die Rede von der 'Ökologie-' oder 'Umweltbewegung' hat in der öffentlichen Wahrnehmung die Konnotation einer

klassischen Naturschutzbewegung, nicht diejenige einer sozialen Alternativbewegung (Rucht 1994).

Frankreichs *Industrie* ist mittlerweile 'ergrünt' (Duclos 1990, Le Saout 1995). Bereits 1980 hat der Unternehmensverband CNPF (Conseil National du Patronat Français) eine Umweltkommission eingerichtet. Ökologische Kommunikation und entsprechende Absatzstrategien sind weit verbreitet. International operierende Großkonzerne 'importieren' die Umweltdiskussionen aus anderen Ländern. Die mächtigen Industriegruppen der 'Generale des Eaux' und der 'Lyonnaise des Eaux' (Wasserversorgung, Abfallentsorgung) sind als 'Eco-Industrien' wichtige Verhandlungspartner und manchmal auch Verbündete der französischen Regierung.⁵ 1994 zieht die französische Industrie in einem Bericht des CNPF an den Conseil Economique et Social eine Erfolgsbilanz ihrer Umweltschutzanstrengungen. Lediglich kleinere und mittlere Unternehmen hätten hier noch entschiedenen Nachholbedarf. In einer im Auftrag der ADEME durchgeführten repräsentativen Befragung von 500 Unternehmenschefs erklären 77% der Befragten, daß eine ökonomisch dauerhafte Entwicklung unter Berücksichtigung der Umwelt und der Lebensqualität mit Sicherheit möglich sei, weitere 19% sehen dies als vielleicht möglich an, nur 4% schätzen dies als eher unmöglich ein. Die aktuelle Umweltgesetzgebung wird als vorteilhaft (21%), nachteilig (37%) oder unentschieden (40%) beurteilt. 53% der befragten Unternehmen geben an, in bezug auf Umweltschutz über die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalstandards hinauszugehen (ADEME 1993). Erfolgsbilanzen und Engagement werden insbesondere von den großen französischen und internationalen Wirtschaftsunternehmen betont. Diese verlangen allerdings auch im Oktober 1993 ein *Moratorium in Sachen Umweltschutz*: "Plusieur grands industriels reclament une pause dans la régelementation antipollution. En période de crise, disent-ils, l'environnement passe après emploi" (Libération, 7.10.93). Mit dem Abklingen der öffentlichen Resonanz von Umwelthemen werden aus den Reihen der Wirtschaft (Chemie- und Stahlindustrie) verstärkt Warnung vor Standortgefährdungen durch 'übertriebene Umweltauflagen' formuliert.

2 'Developpement Durable' als institutionelles Leitbild

2.1 Probleme der französischen Adaption des Begriffs 'sustainable development'

Bislang ist das Leitbild 'sustainable development' kein Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung. Die diesbezüglichen Diskussionen werden in wenigen wissenschaftlichen, administrativen, politischen und verbandlichen Kreisen geführt, wobei entsprechende Diskussionen im französischsprachigen Kanada und den Niederlanden eine wichtige Referenz-Funktion für alle Akteure haben.⁶ Die bisherige ökologische Modernisierung der Produktion im Hinblick auf Umweltfragen wurde in Frankreich unter dem Begriff des 'éco-developpement' ('éco-industries', 'éco-marketing') diskutiert und auf umweltschutztechnische Verbesserungen bezogen (weniger Verschmutzung, effizientere Ressourcennutzung).

Neben '*développement durable*' konkurrieren die Begriffe '*développement soutenable*', '*développe-*

⁵ Die 'Générale des Eaux' ist der größte private Arbeitgeber in Frankreich. Beide Konzerne waren in den letzten Jahren in zahlreiche Korruptionsskandale verwickelt. Den spektakulärste Fall stellt derjenige des ehemaligen Umweltministers und Bürgermeisters von Grenoble dar.

⁶ Allen im Rahmen der Studie befragten Akteure galten die Niederlande als Vorbild.

ment viable' oder *'éco-développement*' um die Position der französischen Chiffre für *'sustainable development*'. NGOs favorisieren den Begriff *'développement soutenable*', Administration und Wirtschaft den Begriff *'développement durable*'. Diese unterschiedlichen Präferenzen hängen mit den Konnotationen und Handlungsimplicationen zusammen, die die jeweiligen Begriffe erzeugen. Auf der Ebene des Begriffs beginnt zwischen den sozialen Akteuren die Auseinandersetzung über die anvisierte gesellschaftliche Praxis. Der in Kanada 1988 erschienene Bericht der Brundtland-Kommission übersetzt *'sustainable development*' auf Wunsch der Kommission mit *'développement soutenable*' (DS).⁷ Der Begriff *'soutenable*' assoziiert die Haltbarkeit (einer Aussage im Sinne ihrer argumentativen Verteidigung) oder die Erträglichkeit eines Zustands im Sinne ethisch-moralischer Urteile. An diesen letztem Bedeutungshorizont knüpft die Präferenz der NGOs oder auch von Les Verts für eine Entwicklung an, die zugleich haltbar und ethisch-moralisch gewollt/gerechtfertigt ist (Antoine 1995:12). *'Développement durable*' betone demgegenüber in erster Linie die Dauerhaftigkeit, und würde von Wirtschaftsakteuren im Hinblick auf *'croissance durable*' ausbuchstabiert, Begriffsverwendungen, die weniger durch den Brundtland-Rapport als vielmehr durch das EG-Programm *'Towards Sustainability*' nahegelegt würden (Brodhag 1994; Godard 1993). In den französischen Übersetzungen des Buches von Schmidheiny bzw. des BCSD (*"Changer de Cap"*) und der Erklärungen der Rio-Konferenz im Jahre 1992 wird der Begriff *'développement durable*' (DD) (seltener: *développement viable*)⁸ gewählt. Dieser Begriff der dauerhaften Entwicklung verweist nicht auf den ethisch-moralischen Gestaltungswillen und bleibt insoweit eher passivistisch. Allenfalls die Knappheit von Ressourcen und damit die perspektivische Berücksichtigung von langfristigen Zeithorizonten - *"l'idée de durée"* - klingt darin an (Chansou 1994:101). Die Übersetzung der Rio-Deklarationen der NGOs benutzt je nach angezieltem Aspekt sowohl die Begriffe des *'développement soutenable*', *'développement durable*', *'développement viable*' oder *'éco-développement*' (CEDI/CLOSI 1992). Bereits seit der UN-Umweltkonferenz von Stockholm im Jahre 1972 entwickelt der Ökonom Ignacy Sachs gegen die weiter oben erwähnte technische Ausformulierung ein globales Verständnis von *'éco-développement*', das weitgehend identisch mit den späteren Inhalten von *'sustainable development*' ist: ein ausgeglichenes, umweltverträgliches Wachstum, soziale Dauerhaftigkeit, ökonomische Dauerhaftigkeit, ökologische Dauerhaftigkeit, räumliche Dauerhaftigkeit und kulturelle Dauerhaftigkeit sind seine Bausteine (Sachs 1993).

Als gängigste Übersetzung hat sich mittlerweile im öffentlichen Sprachgebrauch der Begriff des *'développement durable*' durchgesetzt. Nach einstimmiger Einschätzung der im Rahmen dieser Studie interviewten Akteure ist es jedoch bislang nicht gelungen, damit in der französischen Öffentlichkeit Resonanz zu erzeugen, einen symbolischen Gehalt, eine Leitidee zu transportieren, obwohl ent-

⁷ Die erwähnte französische Indifferenz in Bezug auf Umwelthemen in den achtziger Jahren zeigt sich in der Weigerung französischer Verlage im Jahre 1987, eine französische Übersetzung des Brundtland-Berichts in Auftrag zu geben und zu veröffentlichen. Die Rezeption dieses Berichts nimmt deswegen den Umweg über die französische Fassung, die in Kanada erscheint. Erst 1990 erscheint dann eine eigenständige Ausgabe in Frankreich (vgl. Sainteny 1994:110).

⁸ Der weniger gebräuchliche Begriff des *'développement viable*' bezieht sich vor allem auf die (biologische) Lebensfähigkeit und damit auf Organismen und Ökosysteme, nicht auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse.

sprechende Praktiken (nachhaltige Waldnutzung) seit dem 17. Jahrhundert in Frankreich existieren und es im französischen Bericht an die UN-Kommission aus dem Jahre 1993 zum Begriff des DD noch heißt: "Ce n'est pas un concept neuf; des sociétés paysannes en France ont, pendant des siècles, façonné l'équilibre du pays, et la qualité du coeur des villes, temoigne aussi de ce souci des générations futures. (...) S'y ajoutent aujourd'hui, dans une conjoncture difficile, les préoccupations de l'emploi" (Ministère de l'Environnement 1993:1).

2.2 Das institutionelle Feld von 'développement durable'

Im Kontext der Rio-Konferenz sind in Frankreich neue institutionelle Strukturen entstanden, die sich auf die Leitfigur DD beziehen. Dazu gehören auf Staatsebene die CFDD, der Conseil pour les Droits des Générations Futures und das Comité interministeriel sur l'effet de serre. Als zivilgesellschaftliche Dialogforen sind 4D, das Comité 21 und Orée entstanden. Als NGOs haben sich das CEDI und das CRID im Hinblick auf die Rio-Konferenz konstituiert. Auch existierende Strukturen in Politik/Administration (Regierung, Ministerien, Gebietskörperschaften) und Zivilgesellschaft (Wirtschaft: CNPF, EpE/NGOs: FNE, Les amis de la Terre u.a.m.)⁹ haben den Begriff aufgegriffen. Wie auch genereller in der französischen Umweltpolitik initiieren die Akteure auf nationaler Ebene in einem top-down-Prozeß DD-bezogene Strategien auf den territorialen Untereinheiten (lokale Agenda 21-Kampagnen usw.). Nachfolgend werden kurz die wichtigsten Akteure, ihre Organisationsform und Arbeitsschwerpunkte in der Debatte vorgestellt.

(1) Politik und Administration

* Auf der Ebene der *Exekutive* ist DD explizit Angelegenheit des *Umweltministeriums* (Service des Affaires Internationales, Bureau de Coordination Interministérielle). Wenige Personen verfolgen die internationalen Abkommen und die nationale Umsetzung von DD, und dies auch nur als Teilaufgabe. Im Mai 1994 wurde im Umweltministerium eine *Cellule de Prospective* eingerichtet, die mittelfristige Szenarien zur französischen Umweltpolitik entwickeln, den Austausch zwischen umweltpolitischen Akteuren und mit der Umweltproblematik verbundene Wettbewerbspotentiale für die französische Wirtschaft ermitteln soll. Diesem Komitee gehören u.a. Wissenschaftler, Vertreter der NGOs (Amis de la Terre, FNE) und der Wirtschaft (Pechiney, Saint-Gobain, Elf Aquitaine u.a.) an. Ein erster Bericht über die Situation und Zukunft der Güter- und Personentransporte in Frankreich wurde erarbeitet. Darin werden eine umfassende und am Begriff des 'développement soutenable' orientierte nationale Verkehrspolitik, diesbezügliche öffentliche Transparenz und demokratische Debatte gefordert (Dron/de Lara 1995). In Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium erarbeitet das *Centre de*

⁹ Weitere engagierte Gruppen sind bspw. die Ligue française de l'enseignement et de l'éducation (Umweltbildung), die Equipe Cousteau, die ANPED (Alliance of Northern People for Environnement and Development, unter anderem, Landwirtschaftsverbände und Konsumentenverbände), auf internationaler Ebene die UICN, das WRI. Im Bereich der Wissenschaftlervereinigungen bzw. der Verbände zum wissenschaftlichen Wissenstransfer sind zu nennen: Comité de liaison énergies renouvelables, Centre international de droit comparé de l'environnement, AITEC (Association internationale des techniciens, experts et chercheurs), Panos, Global Chance ('réseau d'échanges et d'approfondissement entre diverses disciplines scientifiques concernées par l'étude et la mise en oeuvre de réponses collectives aux problèmes de développement et d'environnement'), Groupe de recherche et d'échanges technologiques, Solidarités agroalimentaires (vgl. ORSTOM/Le Monde Diplomatique 1993:116ff).

Prospective et de Veille Scientifique im Ministère de l'Équipement, des Transports et du Tourisme seit Mitte 1994 an einem Szenario für 'une France durable à l'horizon 2010-2030' unter Berücksichtigung von Umsteuerungspotentialen, das bis April 1996 vorliegen soll.¹⁰ Ziel ist, "de définir à l'horizon 2010 un scénario tendanciel pour la France, et en particulier qui mette en évidence tout ce qui n'est pas durable ou soutenable, et deuxièmement de définir un ou plusieurs scénarios alternatifs" (II).¹¹ Bislang ist keine direkte Kopplung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe an institutionelle Handlungsvollzüge vorgesehen. Im Ministère de l'Équipement besteht zusätzlich eine Arbeitsgruppe, die sich mit der möglichen Integration von DD in die Ministeriumsaufgaben befaßt. Innerhalb des Ministère de l'Amenagement du Territoire arbeitet die Groupe de Prospective der DATAR an Fragen der Integration von Parametern des DD in die staatliche Raumordnungs- und Infrastrukturpolitik. Im Ministère de la Coopération werden Entwicklungshilfen zunehmend auch nach Umweltschutzkriterien geprüft. Im Ministère de l'Agriculture werden Fördermittel an Landwirte vergeben, die sich an Kriterien des DD orientieren (800 Plan DD). Im Ministère de l'Éducation werden Fördermaßnahmen der Umweltbildung im Hinblick auf DD durchgeführt. Insgesamt sind eher die Ministerien mit internationaler Ausrichtung und die entsprechenden Abteilungen für internationale Beziehungen mit DD befaßt. Als Leitbild der technischen Ministerien und Abteilungen ist DD bislang kaum von praktischer Bedeutung. In verschiedenen Bereichen hat die französische Regierung Forschungsarbeiten zum Themenfeld 'développement durable' initiiert. Diese beziehen sich auf die Entwicklung von Indikatoren für die Dauerhaftigkeit im Bereich der Landwirtschaft und allgemeiner im Hinblick auf Abgabe- und Aufnahmekapazitäten der Natur (IFEN), und auf die Entwicklung von sektoriellen (Transport und Verkehr, Landwirtschaft, Industrie, Energie, Tourismus) oder globalen Szenarien der Umsetzung von DD in Frankreich. Im Rahmen der Vorbereitung des 11. Plans (für die Jahre 1994-1998) überprüfte die Commission "Environnement, Qualité de vie, Croissance" unter Vorsitz von B. Collomb (PDG von Lafarge-Coppée) des dem Premierminister zugeordneten *Commissariat Général du Plan*, inwieweit die Umweltpolitik die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie fördern könne. Die Commission hat in ihrem Bericht prioritäre Maßnahmen zur Förderung von DD vorgeschlagen (Förderung der Wissensgrundlagen, sozialer und wirtschaftlicher Dialog, Entwicklung der Umweltindustrien, Energieeinsparungen, kontrolliertes Wachstum des Verkehrs, Revitalisierung der ländlichen Gebiete und des Grünen Tourismus; *Commissariat Général du Plan* 1993). Schwerpunkte der sonstigen wissenschaftlichen Diskussion um *développement durable* sind die Bereiche nachhaltige Landwirtschaft und Wälder (Legrand 1995, Ministère de l'Environnement 1994d:21ff, Cingal 1995, INRA 1992, INRA 1994), die nachhaltige Stadtentwicklung (Piéchaud 1995), Steuerungsformen (*Commissariat Général du Plan* 1993), die Energieerzeugung und der Energieverbrauch (Sauviron 1994, *Commissariat Général du Plan* 1993, Ministère de l'Environnement 1995c:35.8, Interview mit B. Dessus - Leiter des Programms Ecotech des CNRS und Vorsitzender von Global Chance - in Politis 1994, Dessus 1993), die Frage der Transporte und des Verkehrs (Dron 1995, *Commissariat*

¹⁰ Es handelt sich dabei um die bislang einzige Initiative zur Entwicklung eines globalen Szenarios für Frankreich in einer zeitlichen Langfristperspektive.

¹¹ Das IFEN arbeitet an Indikatoren für Dauerhaftigkeit in der Landwirtschaft.

Général du Plan 1993).¹²

1994 wurde eine *nationale Energiedebatte* vom Industrie-, Umwelt- und Forschungsministerium initiiert, an der die Umweltschutzverbände zunächst nicht nennenswert beteiligt waren (Cingal 1995:3). Dennoch gilt die Debatte und der 'Rapport Sauviron' (1994), in dem ihre Ergebnisse zusammengefaßt werden, als wesentliche Neuerung im Rahmen der bisherigen Energiepolitik, die von der Monopolstellung der EDF in Bezug auf das Wissen über die atomare Energieerzeugung geprägt ist. Der erwähnte Bericht spricht von einem umfassenden Demokratie-Defizit in der Energiepolitik, kritisiert die Energieverschwendung, die mangelnde Transparenz in Bezug auf die realen Kosten der Stromerzeugung und den Umgang mit Nuklearabfällen und die Übertragung von Staatsverantwortlichkeiten auf die EDF. Er übernimmt damit Forderungen aus einem Energie-Weißbuch der NGOs. Allerdings verpflichtet er die Regierung nicht zu konkretem Handeln. Eine von den Umweltverbänden geforderte Parlamentsdebatte zum Bericht hat nicht stattgefunden. Die französische Regierung sieht ihre energiepolitischen Prioritäten in der Energieeinsparung, der Entwicklung erneuerbarer Energieträger, Transparenz der Entscheidungen und Kohärenz der staatlichen Politiken im Hinblick auf die Energiepolitik (Ministère de l'Environnement 1994d). Betont wird die Rolle der Atomenergie als Beitrag zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Auf Beschluß des Ministerrats vom Oktober 1995 soll im Jahre 1996 eine *breite öffentliche Debatte über eine nationale Strategie der Nachhaltigkeit* analog zur Energiedebatte vom Umweltministerium organisiert werden.

* Die *Commission Francaise du Développement Durable* (CFDD) wurde per Dekret vom 29.3.1993 gegründet, dem *Commissariat Général du Plan* (Premierminister) angegliedert und mit einem schmalen Budget ausgestattet. Sie sollte aus 54 Vertretern der staatlichen Administration und der Zivilgesellschaft bestehen und war konzipiert als "instance de dialogue, de concertation et de mobilisation pour promouvoir et mettre en oeuvre le développement durable dans la société française" (Ministère de l'Environnement 1993:28). Die Kommission sollte Zielvorgaben und Vorschläge an die französische Regierung formulieren und den öffentlichen Dialog über DD stimulieren. Allerdings trat sie in der anvisierten Form nie zusammen. Mit Dekret vom 21.1.94 wurde nach dem Regierungswechsel zur Regierung Balladur (Umweltminister Barnier) ihre Mitgliederzahl auf 15 Personen des öffentlichen Lebens (NGOs, Wirtschaft, Wissenschaft, Parlament) reduziert. Den Vorsitz der Kommission hatte zunächst der aus der Wirtschaft kommende B. Esambert inne. Er wurde Anfang 1995 von J.-P. Sauviron abgelöst, der seinerseits Ende 1995 sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Bislang ist die Kommission ohne politischen Einfluß geblieben und hat der Regierung keinen einzigen offiziellen Handlungsvorschlag gemacht, wobei mangelndes Regierungsinteresse ein Hauptgrund für die geringe Beachtung und Bedeutung darstellt ('un monde à venir' Nr.8/95:4f). Unter Federführung von Esambert wurde im Januar 1995 ein Bericht über "Les Conditions et Les Moyens du Développement

¹² Neben den staatlichen Forschungseinrichtungen arbeiten beispielsweise das Programm Ecotech des CNRS, das Forschungszentrum ORSTOM (Schwerpunkt Entwicklungsländer) und das Centre Economie Espace Environnement der Sorbonne an Fragestellungen im Bereich von DD (ORSTOM/Le Monde diplomatique 1993).

Durable" vorgestellt (CFDD 1995a). In diesem Text werden das globale Verständnis der Kommission von DD und einige sehr allgemein gehaltene Handlungsvorschläge formuliert. Auf Initiative von Umweltminister Barnier organisierte die Kommission im Januar 1995 ein internationales Treffen von europäischen Kommissionen für sustainable development, dessen Diskussionen ebenfalls veröffentlicht wurden (CFDD 1995b). Eine auf Vorschlag der neuen Umweltministerin Lepage im Oktober 1995 im Ministerrat beschlossene *organisatorische Neuverankerung der Commission* im Umweltministerium (Bureau de Coordination Interministerielle, CIEN) und die angekündigte nationale Debatte über DD sollen ihr (stärkeres) politisches und öffentliches Gewicht geben. Weiterhin verfügt sie nur über ein geringes Budget (1,3 Mio Fr).

* Die *Mission Interministerielle sur l'Effet de Serre* hat sich zum ersten Mal im Januar 1995 zur Vorbereitung der Berliner Klima-Konferenz getroffen. Bisher sind von der Mission allerdings kaum Impulse für eine aktivere französische Politik in Sachen Treibhauseffekt ausgegangen (Le Monde, 21.1.95). Der *Conseil pour les Droits des Générations Futures* wurde am 4.6.93 auf Vorschlag von J. Cousteau gegründet und als allgemeine Ethikkommission beim französischen Staatspräsidenten angesiedelt. Bis Mitte 1994 beschränkten sich die öffentlichen Aktivitäten allerdings auf ein einziges Pressecommuniqué, das für eine demokratische nationale Energiedebatte plädiert. Der Conseil hat keinen Einfluß auf die konkrete Regierungspolitik.

* Einige der 22 *Regionen* erarbeiten regionale Entwicklungspläne für Nachhaltigkeit (z.B. Nord Pas de Calais, Bourgogne, Île de France, das "Programme interregional pour le Développement Durable du Massif Pyréen: La Agenda 21 des Pyrénées", an dem je drei französische und spanische Regionen sowie Andorra beteiligt sind; ähnliche Aktionen im Alpenraum und im Saar-Lothar-Lux-Raum): In der mit am dichtesten besiedelten und ökonomisch stärksten Region Frankreichs und Europas, Ile de France, wurde 1994 die *Agence Régionale de l'Environnement et des nouvelles énergies Ile de France* unter Berufung auf eine Perspektive des DD gegründet: "L'Agence (..) est l'animateur d'une politique de développement durable en liaison avec l'ensemble des services qui existent" (12). Die Agence hat 10 Mitarbeiter und ein Jahresbudget von 25 Millionen Francs. Ihre Rolle besteht darin, "de mobiliser les acteurs socio-économiques, publics et privés, et les partenaires de la vie publique, pour contribuer à une intégration exemplaire de l'environnement dans les politiques régionales: transport, habitat et aménagement, équipements, loisirs et tourisme, développement rural, vie sociale et culturelle" (Broschüre, 1993). Begleitet wird ihre Arbeit vom *Comité Régional de L'Environnement*, das die partizipative Demokratie fördern soll.

* Nur wenige französische *Kommunen* haben sich bislang im Hinblick auf DD engagiert. Die Convention of European Municipal Leaders on Climate Change vom März 1993 (Amsterdam) wurde von der AFCCRE unterzeichnet. Anlässlich der Weltklimakonferenz von Berlin haben 20 Bürgermeister großer Städte (Montpellier, Mulhouse, Le Havre, Rennes, Douai, Montreuil, Besancon, La

Rochelle, Quimper u.a.) auf Anregung einiger NGOs (CRID, 4D, Energy 21, Global Chance)¹³ in einem Brief an den französischen Präsidenten und den Präsidenten der Kommission der CE eine Absichtserklärung über spezifische kommunale Beiträge zum Klimaschutz formuliert.¹⁴ Aber die Anregung lokaler Initiativen durch nationale Organisationsstrukturen steht erst am Anfang (z.B. Ministère de l'Environnement: Charte pour l'Environnement, ADEME: Contrat Cité-Vie, Comité 21: Bien gérer la Commune pour le 21ème siècle, CRID und 4D: Pactes 21). Als Vorreiter gelten Städte wie Amiens, Alès, Mulhouse, Reims, Chalon-sur-Saône oder Straßburg. Anfang 1995 haben sich sechs französische Kommunen bereit erklärt, lokale Pläne für DD zu entwickeln.

(2) Zivilgesellschaftliche Diskussionsforen

Auf nationaler Ebene wurden zwei Organisationen zur Förderung der Nachhaltigkeits-Idee gegründet (Comité 21 und 4D). Innerhalb der Zivilgesellschaft im allgemeinen und der NGOs im besonderen hat die Leitidee des DD bereits im Vorfeld der Rio-Konferenz ein 'frame-bridging' (Snow) ermöglicht und Zusammenschlüsse erzeugt (Comité 21: Zivilgesellschaft; CEDI, CRID: Umwelt- und Dritte Welt-Bewegung). Auch die etablierten Umweltverbände berufen sich zunehmend auf DD.

* Das seit Januar 1995 existierende *Comité 21. Comité Français pour l'Environnement et le Développement Durable* stellt eine Fusion des Comité Français pour l'environnement, der Fondation Européenne pour l'Environnement und der Entente Européenne pour l'Environnement dar. Die heterogene Mitgliederschar reicht von den Betreibergesellschaften der französischen Autobahnen über EDF und Entsorgerkonzerne hin zu den Amis de la Terre, dem kommunistischen MNLE oder dem CRID. Fast ganz Frankreich ist 'beteiligt': über 30 der größten Industriekonzerne (u.a. Elf Aquitaine, Crédit de Lyon, Gaz de France, Sandoz; Rhône-Poulenc stellt einen stellvertretenden Vorsitzenden), 5 Regionalräte (z.B. die Region Ile de France, der Conseil Général de Savoie), Abgeordnetenverbände und Verbände der Bürgermeister, zahlreiche NGOs (etwa FNE, WWF, Amis de la Terre, MNLE, CRID, 4D), Forschungsinstitute und Behörden (die ADEME, das IFEN, das CPVS), mehrere Städte (z.B. Marseille, Nancy, Nantes, angekündigt ist Paris), als einzelne Personen die ehemaligen Umweltminister Barnier, Lalonde, Bouchardeau, aber auch prominente Politikerinnen wie S. Veil (Ehrenvorsitzende), die Institutionen Umweltministerium bzw. der Umweltminister (stellvertretender Vorsitzender), die Commission der EG, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen u.a.m.. Den Vorsitz hat S. Antoine inne, ein langjähriger hoher Mitarbeiter im französischen Umweltministerium, der auch die Commission du Développement Durable der Mittelmeerländer organisiert. Ein derzeitiger Arbeitsschwerpunkt besteht in der Initiierung lokaler Agenda 21 - Prozesse. Als offizieller Gastgeber

¹³ Globale Chance ist eine Organisation von Wissenschaftlern. Vorsitzender ist Benjamin Dessus. Energy 21 (Präsident: Robert Lion) ist eine seit 1994 bestehende Unterorganisation des Earth Council in Bezug auf Fragen dauerhafter Energienutzung (effizientere Nutzung, erneuerbare Energiequellen), die gleichzeitig den Earth Council in Europa repräsentiert. Beide NGOs arbeiten insbesondere im Bereich der Klima- und Energiepolitik (Klimakonvention, Rio-Beschlüsse).

¹⁴ "Pour manifester qu'il y avait quand même des maires de grandes villes en France, qui même si le gouvernement ne fichait rien, disaient, affirmaient se préoccuper de leurs choix d'aménagement, de leurs choix de politiques en relation avec l'objectif global de limitation des émissions de gaz à effet de serre" (13).

empfängt das Comité 21 im Januar 1996 in Nantes in Zusammenarbeit mit Stadt, französischer Regierung, ICLEI u.a.m. die Vorbereitungskonferenz zu Habitat 2, dem Weltstädtegipfel in Istanbul (1996). Als unabhängige, zivilgesellschaftliche 'Lobby des Dialogs' besteht seine Aufgabe in der Förderung der öffentlichen Diskussion über DD zwischen den sozialen Akteuren. Das Comité 21 formuliert selbst keine inhaltliche Position. Allerdings lehnt sich seine allgemeine Orientierung eng an die Agenda 21 an.

* Mit weniger exponiertem Hintergrund wurde '4D. Association Dossiers et Débats pour le Développement Durable' im März 1994 als unabhängige Organisation mit größerer Nähe zu den NGOs gegründet. 4D ist neben dem CRID der bislang aktivste Verband in der Diskussion um DD und hat zum Ziel, zur Umsetzung der Rio-Beschlüsse beizutragen, den Wissens- und Erfahrungsaustausch zu fördern und in theoretischer und praktischer Hinsicht die Programmatik von DD zu vertiefen. Zum (prominenten) Comité d'Orientation von 4D gehören S. Antoine (Comité 21), M. Barrère, B. Dessus (Global Chance, Ecotech), P. Legrand (FNE), P. Radanne, G. Ribière, J. Theys u.a.m.. Vorsitzender ist M. Mousel, vorher Präsident der ADEME und davor langjähriger hoher Mitarbeiter im Umweltministerium. Eine ursprünglich anvisierte stärkere Beteiligung von Wirtschaftsakteuren scheiterte an deren mangelndem Interesse. 4D organisiert Diskussionen zum Thema DD und gibt eine regelmäßige Informationsmappe heraus. Zusammen mit dem CRID arbeitet 4D derzeit an der Mobilisierung der Gebietskörperschaften (vor allem Kommunen) im Hinblick auf Lokale Agenda 21-Prozesse. Im Unterschied zum Comité 21 versteht sich 4D explizit als Lobby mit einem politischen Programm.

* Bereits 1990 haben sich 8 NGO-Verbände mit 250 Mitgliedergruppen im entwicklungspolitischen Bereich zum CLOSI (*Comité de Liaison des organisations de solidarité internationale*) zusammengeschlossen. Innerhalb des CLOSI bildet das CRID (*Centre de recherche et d'information pour le développement*) in Bezug auf die Verknüpfung von Umwelt- mit Entwicklungsfragen die aktivste NGO. Das CRID umfaßt zahlreiche Organisationen des entwicklungspolitischen Bereichs (insgesamt 34 Verbände mit etwa 15000 Mitgliedern, unter anderem Terre des hommes, Comité catholique contre la faim et pour le développement u.v.a.m.) und ist mit dem Slogan "agir localement pour le global" (I4) die wichtigste Koordinationsstelle für Umwelt- und Nord-Süd-Fragen. CRID und CLOSI verstehen sich als Lobby gegenüber der Regierung und betreiben eine breite interne und externe Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Verbreitung von DD. Das CRID hat im Anschluß an die Pariser NGO-Konferenz von 1991 (*Les racines de l'avenir*) 1992 die Kampagne "Un monde à venir" gestartet, die insbesondere die entwicklungspolitischen NGOs für den Begriff des DD sensibilisieren soll. 1993 und 1994 wurden vom CRID internationale NGO-Kolloquien zur Diskussion der Folgen der Agenda 21 organisiert (CRID 1993, CRID 1994). Seit Frühjahr 1993 gibt das CRID den Informationsbrief "Un monde à venir. L'avenir du monde" heraus, der umfassend über NGO-Aktivitäten und sonstige Ereignisse im Bereich DD informiert. Der Schwerpunkt der durchgeführten Kampagnen liegt derzeit in Zusammenarbeit mit 4D und Cedidelp bei der Initiierung lokaler Agenda 21-Initiativen unter dem Titel "Pactes 21. Des villes solidaires pour préparer le 21ème siècle". Erste Erfolgsbeispiele für

die Kampagne sind Diskussionsforen in Lille oder Besancon.¹⁵ Zukünftig will CRID vor allem "axer sur la citoyenneté. C'est-à-dire sur la responsabilité individuelle et collective et sur l'engagement des gens" (I4). Innerhalb des CRID ist A. Simon zuständig für Fragen des DD.

* Das *Collectif Environnement Développement International CEDI* entstand anlässlich der Rio-Konferenz Ende 1991 als Zusammenschluß von 27 NGO-Verbänden aus dem Umweltschutzbereich (Les Amis de la Terre, Ecoropa, Environnement sans frontières, FNE, Bulle Bleu, Robin des Bois ...). Zusammen mit dem CLOSI hat das CEDI 1992 die "Traité des Organisations Non Gouvernementales et des Mouvements Sociaux" anlässlich der Konferenz von Rio herausgegeben. Im Unterschied zum CRID ist das CEDI derzeit wenig aktiv und leidet unter dem allgemeinen Bedeutungsverlust der Umwelt-NGOs.

(3) Wirtschaftsakteure

Die Gewerkschaften spielen als umweltpolitische Akteure allgemein und im Rahmen des Nachhaltigkeitsdiskurses im besonderen bislang keine Rolle. Französische und in Frankreich vertretene internationale Unternehmen haben sich in unterschiedlicher Weise in die öffentliche Debatte um DD eingeschaltet. Der PDG der Lyonnaise des Eaux-Dumez (J.Monod) und der PDG von L'Air Liquide (E. de Royère) sind Mitglieder im BCSD und haben "Kurswechsel" (Schmidheiny 1992) mit unterzeichnet. Einige der anderen Unterzeichner haben französische Niederlassungen. Die seit Ende der siebziger Jahre existierende Umweltabteilung des französischen Unternehmensverbandes CNPF hat 1993 eine umfassende Stellungnahme zu Fragen des DD vorgelegt. Zahlreiche nationale und internationale Großunternehmen sind Mitglied im Comité 21. Zwei weitere Organisationen bündeln die unternehmerischen Initiativen im Bereich des DD: *Entreprise pour l'Environnement* und *Orée*.

* "*Entreprises pour l'Environnement*" EpE entstand auf staatlichen Druck Anfang der neunziger Jahre zur Mitfinanzierung der Sanierung von 'verwaisten' industriellen Altlasten und entfaltet weitergehende Aktivitäten insbesondere im innerbetrieblichen Umweltschutz:

"Et l'objectif de cette association, qui est strictement sur la protection de l'environnement, c'est de faire progresser l'ensemble de ces entreprises et des entreprises françaises, y compris les petites et moyennes entreprises, dans la protection de l'environnement, avec cette idée de développement durable. (...) C'est à dire, progresser en environnement et faire en sorte que on arrive à une situation où on économise au maximum les ressources et on .. essaye de laisser une situation qui permette aux générations futures de continuer à évoluer" (I10).

Die derzeit 44 Mitglieder haben die Charta der Internationalen Handelskammer (*Charta für eine langfristig tragfähige Entwicklung. Grundsätze des Umweltmanagements*¹⁶, April 1991) unter-

¹⁵ In Besancon wurden beispielsweise die Wassergebühren um 2 Centimes/m³ erhöht. Dieser Betrag wird für Bohrungen in Burkina Faso eingesetzt.

¹⁶ Grundprinzipien der Charta sind u.a.:

1. Umweltorientiertes Management als eines der vorrangigen Unternehmensziele
2. Integriertes Management
3. International gleiche Standards

zeichnet. Gründungsmitglieder sind die größten französischen Industriekonzerne: AXA, Caisse des Dépôts et Consignations, CIBA, Générale des Eaux, CNPF, EDF, ELF, EMC, Fiat France, Hoechst-Roussel, Lafarge-Coppée, Lyonnaise des Eaux, Péchiney, Renault, Rhône-Poulenc, Solvay, Total und Usinor-Sacilor. Zahlreiche weitere Industrieunternehmen sind dem Zusammenschluß mittlerweile beigetreten. Präsident von EpE war zunächst der PDG von Rhône-Poulenc, J.R. Fourou, der inzwischen von F. Mer (PDG von Usinor-Sacilor) abgeküst wurde. EpE hat sieben Arbeitsgruppen eingerichtet, die sich mit dem Zusammenhang von Umwelt und Gesellschaft, Umweltmanagement, Umweltinformationssystemen, Ausbildungsfragen, Wissenschaft und Technik, Versicherbarkeit von Umweltrisiken und Umwelt und Gesundheit beschäftigen. Es geht dabei sowohl um den Austausch von Wissen und Erfahrungen zwischen Unternehmen als auch um aktive Öffentlichkeitsarbeit: "The aim of the Association is to develop in France effective approaches to problems of an environmental nature, to rally the interest of the business community, to express industry's point of view and promote its expertise and dynamism in the area of environmental protection" (Nollet 1994:10). Diese Aufgabe wird als Umsetzungsbeitrag der Unternehmen zu DD verstanden, wobei vor allem die Situation in kleinen und mittleren Unternehmen als dringend verbesserungsbedürftig eingeschätzt wird. Zur Förderung der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und Schutz der Lebensqualität seien die Unternehmen gefordert, aktiv den gesellschaftlichen Dialog und das Wissen zu fördern. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Bereitstellung von know how für kleinere und mittlere Unternehmen im Hinblick auf den Aufbau eines wirksamen Umweltmanagements, von Öko-Audits u.a.m. (z.T. in Zusammenarbeit mit der ADEME). EpE will explizit das Marktimage der französischen Industrie in Sachen Umweltschutz verbessern.

* Bei der Organisation *Orée-parteneriat entreprises collectivités environnement* handelt es sich um die Ende 1992 gegründete französische Vertretung von INEM (International Network for Environmental Management) und EPE (European Partners for Environnement) mit inzwischen 50 Mitgliedern (Unternehmen, Gebietskörperschaften), u.a. Procter & Gamble, Yves Rocher, L'oréal, Palladium, Alsacol, Coopers & Lybrand, Elf Atochem, Unilever, Bordeaux Technopolis, Charlons sur Marne, der Conseil Régional Nord-Pas de Calais, der Conseil Regional Bourgogne oder das Comité 21). Orée selbst wiederum ist Mitglied bei Industry 21. Unter anderem arbeitet Orée an der Übersetzung und Übertragung des EPE-Führers "Pour un développement durable en Europe" auf Frankreich. Orée stellt sowohl für Gebietskörperschaften als auch für Unternehmen umweltschutzbezogene Arbeitsmittel zur Verfügung (Audits, Öko-Labels: Palme u.am.).

3 'Développement durable' als Diskurs - Positionen der Akteure

Innerhalb des französischen Diskurses über DD können zwei konkurrierende Teildiskurse unterschieden werden. Beiden Teildiskursen gemeinsam ist die grundsätzlich anthropozentrische Orientie-

5. Folgenabschätzungen durchführen

6. Umweltgesichtspunkte bei Produktentwicklung berücksichtigen

3. Sparsame Rohstoffnutzung

zung: es geht um eine vernünftige und optimierte Nutzung der Natur durch die menschlichen Gesellschaften. Bei Regierung, Administration und Wirtschaft dominiert eine Interpretation, die *primär bisherige, derzeitige und zukünftige Umweltschutzmaßnahmen und -politiken in Begriffen des DD rahmt*. Grundlegende konzeptuelle Änderungen, Neuthematisierungen globaler Handlungszusammenhänge oder Integrationsbemühungen haben demgegenüber kein Gewicht. In erster Linie geht es darum, umweltschutzbezogene und ökonomische Interessen innerhalb der derzeitigen Gesellschaftsverfassung wechselseitig anzupassen. NGOs, die Grünen, verschiedene Wissenschaftler, aber auch kritische Stimmen innerhalb der Administration verlangen demgegenüber einen umfassenden innovativen Ansatz des DS. Ihr Diskurs fokussiert auf die *Forderung nach einem globalen Ansatz, d.h. nach der Entwicklung einer umfassenden integrativen Politik alternativer gesellschaftlicher Organisationsmodelle*. Globale Ressourcenkapazitäten und Grenzen als Schadstoffsenke, aber auch soziale Erwünschtheit werden zum Kriterium:

"Le développement soutenable, c'est-à-dire compatible avec les capacités écologiques de la planète et socialement acceptable, ne peut se réduire à l'établissement d'une taxe ou l'imposition d'une technologie, ou s'exprimer par le seul PNB, il intègre de nouvelles pratiques politiques, de nouvelles institutions au niveau mondial et de nouvelles méthodes d'évaluation (Brodhag 1994:251f; vgl. Liepietz/Radanne 1993, Liepietz 1993).

3.1 Der politisch-administrative Diskurs

Das Thema eines nachhaltigen Frankreichs gehört nicht zu den Issues der derzeitigen politischen Tagesordnung. Diese focussiert auf die Erfüllung der Maastricht-Kriterien. Angesichts der häufigen Regierungswechsel der letzten Jahre hat sich noch keine eindeutige Regierungsposition zu DD entwickelt. Wichtiger ist demgegenüber die Rolle der staatlichen Administration als kontinuierlicher Hintergrund. Die Administration formuliert zwar keinen eigenständigen Diskurs, aber sie hält das Thema DD innerhalb der Exekutive am Leben.

(1) Exekutive

Bislang existiert keine nationale Nachhaltigkeits-Strategie, aber dennoch sieht sich die Exekutive auf dem richtigen Weg:

"Nous n'avons pas encore défini la cohérence globale qui permet d'évaluer exactement ce que pourrait être la stratégie française, nationale, du développement durable en France. (...) Nous n'avons pas de stratégie de développement durable qui ait été élaborée avec l'ensemble des ministères et qui soit un peu la ligne directrice du gouvernement dans ce domaine-là. (...) Donc tout ça ne répond peut-être pas à un plan cohérent d'ensemble, c'est peut-être ce qui manque, mais à travers beaucoup d'exemples, on voit que nous sommes parfaitement en phase avec les orientations de l'Agenda 21 ou les grands principes du sommet de Rio" (18).

Die französische Regierung folgt in ihrer Definition von DD den Beschlüssen der Konferenz von Rio und dem Wortlaut des Brundtland-Berichts. Die amtierende Umweltministerin Lepage bezieht sich in einer Rede im Ministerrat vom 18.10.95 auf dessen 'klassische Definition': "Répondre aux besoins du présent sans compromettre la capacité des générations futures à répondre à leurs propres besoins".

Bereits der im Dezember 1990 von der damaligen Regierung angenommene 'Plan National pour l'Environnement' (Chabason/Theys 1991) stellt die langfristigen politischen Perspektiven des Umweltministeriums in den Kontext von DD und visiert eine tiefgreifende Reform der institutionellen Strukturen des Umweltschutzes in Frankreich an: "Les politiques nationales d'environnement qui se reconstruisent depuis trois ans sont inspirées de la philosophie du rapport Brundtland: intégrer l'environnement dans le développement, au coeur même des logiques économiques et des changements sociaux et ne pas réduire à une politique de gestion des pollutions et des milieux" (ebd.:67). Angesichts der mittelmäßigen Bilanz französischer Umweltpolitik, von Organisations- und Demokratiedefiziten insbesondere auf lokaler Ebene und mangelnder internationaler umweltpolitischer Vision habe sich die Regierung für eine Politik entschieden, die über ein dauerhaftes Wachstum bei integriertem Umweltschutz hinausginge. Konkret wird angestrebt, bis zum Jahre 2000 die CFC-Produktion einzustellen, bis zum Jahre 2000-2005 die CO₂-Emissionen einzufrieren, die Luftverschmutzung um 20-30% zu reduzieren, die Wasserreinigung von 40 auf 60% zu erhöhen, die Belastungen durch die Landwirtschaft zu beseitigen, Abfalldeponierung auf ein Minimum zu reduzieren und Recyclingquoten von 50% anzustreben, Lärmschutzmaßnahmen zu fördern u.a.m.. Die nationalen Umweltschutzausgaben sollen von 1,3% des PNB auf 1,9% im Jahre 2000 steigen. Als Strukturreformen auf institutioneller Ebene werden vorgeschlagen: die Schaffung eines wirklichen Umweltministeriums (das seinen gesamten Kompetenzbereich umfaßt, sich selbst verwaltet, vor Ort Außenstellen hat und über die technischen Mittel verfügt, seine Aufgaben wahrzunehmen). Das Umweltministerium soll in die Gremien, die strategisch wichtige Entscheidungen treffen (z.B. das Comité interministériel pour l'Aménagement du Territoire, den Fonds de Développement Economique et Social, die Commission de l'Energie atomique), eingebunden werden. Die Steuergesetzgebung sei zu reformieren. Der Plan betont auch die Notwendigkeit, mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten in die Umwelt- und Planungspolitik einzubauen. Binnen fünf Jahren sollten die wichtigsten dieser Veränderungen umgesetzt sein. Es ginge auch darum, einen administrativen 'corps de l'environnement' zu schaffen (vgl. Chabason/Theys 1991:63). In Le Monde (16.6.90) wird der Plan Vert als tatsächliche Umwälzung der französischen Umweltpolitik vorgestellt. Eine Lektüre von Les Verts fällt demgegenüber kritischer aus (Environnement actualité 1990).

In den Erfolgsberichten an die SD-Kommission der Vereinten Nationen (Ministère de l'Environnement 1993, 1994a, 1995b und 1995c) wird DD fast ausschließlich auf Umweltschutzpolitik, Umweltschutzmaßnahmen und diesbezügliche Partizipationsdispositive bezogen. Dies gilt auch für die von Umweltminister Barnier vorgetragene Antworten der Regierung auf zwei parlamentarische Anfragen bezüglich der Umsetzung der Beschlüsse von Rio in Frankreich (Journal Officiel vom 28.7.94) und bezüglich der Politik gegen den Treibhauseffekt (Journal Officiel vom 8.12.94). Das Umweltministerium übernimmt die Rolle des Promoters, auch wenn gesehen wird, daß sich DD nicht auf seinen Zuständigkeitsbereich beschränkt. In geringem Maße werden auch die französischen Anstrengungen in der Entwicklungshilfe, der Förderung der zivilgesellschaftlichen Partizipation, Initiativen zum Abbau der Arbeitslosigkeit und Armut in Frankreich oder zur Gleichstellung der Frauen in der französischen

Gesellschaft als Beitrag zu DD erwähnt. Initiativen und Kampagnen von NGOs werden in diesen Zusammenhang gestellt. Der Bericht von 1995 nennt so unter anderem auch die Verbandskampagne "Lutte contre la pauvreté et l'exclusion" aus dem Jahre 1994 und die Einrichtung eines 'Conseil National de Lutte contre l'Exclusion' als Beispiele für die Erfolge im Kampf gegen die Ungleichheit. Frankreich vollzieht, so die Berichte, seine Umweltpolitik im Rahmen des fünften Aktionsprogramms der EG ("Vers un développement durable"), respektiert das Subsidiaritätsprinzip und die Ausweitung des Prinzips 'pollueur-payeur', d.h. die Integration der Umweltkosten in die Preise. Eine Berechnung des Ökosozialprodukts wird aufgebaut. Als *Ökosteuern* gelten bislang etliche kleinere Steuern (Abfalldeponierung, Wasser u.a.m.). Teile der französischen Exekutive präferieren eine CO₂-bezogene Energiesteuer, wobei insbesondere das Umweltministerium damit eine Verlangsamung des Wachstums des Verkehrs- und Transportaufkommens anvisiert. Eine generelle Energiesteuer, die auch die Atomenergie einschließen würde, wird dagegen abgelehnt. Allerdings wird die Debatte um die Einführung einer energieverbrauchsbezogenen Ökosteuer vom Finanzministerium bislang blockiert. Die Gründe dieser Ablehnung liegen weniger in der Sache selbst, als in der Ministeriumsgeschichte: eine Reform der 'taxe professionnelle', die im Jahre 1976 durchgeführt wurde, hatte unerwartet starke Auswirkungen auf die Industrie und der damalige Finanzminister wurde deswegen aus der Regierung entlassen. In der Außendarstellung der Exekutive dominieren positive Bilanzen des bisher Erreichten. Innerhalb der Administration wird jedoch auch umfassende Kritik an der nur umweltschutzbezogenen Ausbuchstabierung und dem mangelnden Regierungswillen zu DD formuliert.

Die *Klimakonvention* wurde durch das französische Parlament im Januar 1994 angenommen. Frankreich hat ein nationales Aktionsprogramm gegen den Treibhauseffekt vorgelegt, um das EG-Ziel, die CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2000 auf dem Niveau von 1990 zu stabilisieren, zu erreichen. Ebenso wurden Initiativen im Hinblick auf fiskalische Maßnahmen durch die OCDE oder die Verabschiedung einer EG-Direktive zur Reduzierung der CO₂-Missionen des KfZ-Verkehrs und Reduzierung des Benzinverbrauchs bis zum Jahre 2005 ergriffen. Am 15.12.92 wurde der Stopp der CFC-Produktion ab 1.1.95 beschlossen. Frankreich beteiligt sich in hohem Maße an der Finanzierung des Weltfonds zur Klimabeobachtung und hat darüberhinaus einen nationalen Fond zur Welt-Umweltbeobachtung eingerichtet. Die *Konvention über die Biodiversität* wurde nach kontroversen Debatten zwischen verschiedenen Ministerien im Mai/Juni 1994 einstimmig durch das Parlament ratifiziert, wobei eine Erläuterung der Konvention durch die Regierung mit verabschiedet wurde, die das Festhalten an geistigen Besitzrechten (Patente) betont. Eine Übersicht über schutzwürdige Naturgebiete wurde erstellt und verschiedene regionale Maßnahmen (Förderung regionaler Naturparks) werden durchgeführt. Bezüglich der *dauerhaften Waldnutzung* hat Frankreich 1994 einen 'Plan national de gestion durable des forêts', die jährliche Veröffentlichung eines Waldzustandsberichts und die Unterstützung der Initiativen zur dauerhaften Nutzung der Tropenwälder beschlossen. Im Rahmen des *Plan d'Action pour la Méditerranée* hat Frankreich verschiedene Initiativen ergriffen (z.B. die Unterstützung des Umweltforschungszentrums 'Plan Bleu' in Valbonne/Sophia Antipolis; Ministère de L'Environnement 1994b). Derzeit wird unter der Koordination von S. Antoine (Comité 21) auf Beschluß der Mittelmeerländer (Konferenz von Barcelona) die Gründung einer Commission du Développement Durable

der Mittelmeeranrainerstaaten anvisiert. Frankreich hat im Oktober 1994 in Paris die *Convention sur la désertification* mit unterzeichnet. Bezogen auf Frankreichs Unternehmen wird eine überwiegend positive Bilanz der Tendenz zur Integration von Belangen des Umweltschutzes gezogen, die bei kleineren und mittleren Unternehmen noch zahlreiche Defizite sieht. Die französische *Entwicklungshilfe* betrug 1992 0,63% des PIB und soll bis zum Jahre 2000 auf die in Rio vereinbarten 0,7% erhöht werden. Vertreter der französischen NGOs, die an der ersten Sitzung der UN-Kommission für sustainable development teilgenommen haben, beurteilen die Rolle Frankreich im Hinblick auf die Nord-Süd-Beziehungen positiv: "La France a joué un rôle actif tant auprès des autres délégations de la CEE que vis-à-vis des autres pays. Elle apparaît comme un des pays 'du Nord' les plus favorables au Sud" (M.Faucon, in: Un monde à venir Nr.2/1993, S.4).

Die gesamte französische Umweltgesetzgebung gilt als Beispiel für die Umsetzung von DD. Seit 1992 sind dies das 'Loi sur l'Eau' vom 3.1.92 (Staatsbürgerrecht auf Wasserversorgung), das 'Loi relative à l'élimination des déchets ainsi qu'aux installations classées pour la protection de l'environnement' vom 13.7.92 (Abfallbeseitigung, Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Erstellung der Abfallwirtschaftspläne, Transparenz der Entsorgungswege), das 'Loi cadre sur le Bruit' von 1992, das 'Loi sur la protection et la mise en valeur des paysages' vom 8.1.93, das 'Loi relative au renforcement de la protection de l'environnement' vom 2.2.95, und das 'Loi d'orientation pour l'aménagement et le développement du territoire' vom 4.2.95. Angekündigt ist ein neues Rahmengesetz zu Fragen der Luftverschmutzung. Dabei wird zwei Gesetzen ein besonderer Stellenwert zugeschrieben: Das "*Loi relative au renforcement de la protection de l'environnement*" formuliert als erstes Querschnittsgesetz allgemeine Grundlinien des Umweltrechts und neue Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher *Partizipation*: Umweltschutz erhält den Status eines allgemeinen Rechtsgutes; Zielvorstellung der Umweltgesetzgebung ist sustainable development. Das Vorsorgeprinzip, das Präventionsprinzip, das Verursacherprinzip (pollueur-payeur) und das Partizipationsprinzip werden ins französische Recht integriert. Bezüglich der Partizipation sieht das Gesetz insbesondere die Einrichtung einer *Commission nationale du débat public* vor. Im Rahmen des Gesetzes wird auch die 'Enquete Publique' modernisiert. Die Naturschutzverbände erhalten erweiterte Klagerechte und einen verbesserten Rechtstatus. Auf Departements-Ebene wird die Einrichtung eines Beratungsgremiums - der *Conseil departemental de l'environnement* - vorgesehen. Das Gesetz insgesamt verstärkt und vereinfacht die Umweltgesetzgebung (Ministere de l'Environnement 1995a). Das '*Loi d'orientation pour l'aménagement et le développement du territoire*' zielt auf eine verbesserte Berücksichtigung von Umweltfragen bei der Raumordnungs- und Infrastrukturentwicklungspolitik.

Bezogen auf *Steuerungsinstrumente* wird ein Mix aus rechtlicher Regulierung, finanziellen Anreizen und freiwilligen Vereinbarungen favorisiert. Gefördert werden '*éco-industries*', umweltfreundlichen Produkte und Produktionsprozesse durch das Öko-Label NF Environnement, Ökobilanzen und Öko-Audits. Das Umweltministerium strebt gegen konzeptionelle und politische Widerstände die Integration von Umweltkosten in die Besteuerung und die Preise an. Ein weiteres wichtiges Instrument sind Verträge zwischen Ministerium (Staat) und Gebietskörperschaften im Hinblick auf die staatliche

Vergabe von territorialen Ökolabels, die sich an Kriterien des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit orientieren (beispielsweise die Contrats de Plan Etat-Region, die regionalen Naturparks, die Förderung kommunaler Umweltpläne durch die 'Chartes pour l'Environnement' u.a.m.). Deutlich wird darin die wichtige initiiierende Rolle des Staates einerseits, die prioritäre Focussierung von Maßnahmen des DD auf kleinere territoriale Einheiten andererseits:

"Je pense que les principaux porteurs des projets liés à la mise en oeuvre du développement durable devraient être, avec l'Etat naturellement, qui doit impulser, les régions, et puis les villes. (..) Il y a souvent une grande disponibilité des acteurs, c'est-à dire des citoyens, des collectivités locales, des associations, à faire mieux dans le domaine de l'environnement ou à agir différemment, mais bien souvent elles n'ont pas le mode d'emploi. Le rôle de l'Etat (..) c'est de donner ce mode d'emploi. Et donc c'est à nous peut-être de mieux définir des grilles de développement durable que les décideurs locaux puissent utiliser dans le respect de leurs compétences, avec leur indépendance, mais qu'ils puissent utiliser. Souvent ils sont prêts à le faire et puis parfois il manque la méthodologie, tout simplement" (18).

An dieser Schnittstelle zum konkreten Handeln erhält DD einen technischen Bias, der sich auf Effizienzsteigerung bezieht und an die Traditionen des Kampf gegen Verschwendung und der Reduzierung des Rohstoffverbrauchs aus nationalem Interesse anknüpfen kann: "Concilier le développement économique et social avec une utilisation rationnelle des ressources naturelles et l'insertion harmonieuses de l'homme dans son environnement. C'est ce que l'on appelle le 'développement durable'", heißt es so in einer Präsentation der staatliche Umweltbehörde ADEME (1992).

Der weiter oben bereits erwähnte Bericht des *Commissariat Général du Plan* (1993) dokumentiert die unterschiedlichen Prioritäten und Einschätzungen im Hinblick auf die gesellschaftliche Umsetzung von DD. Als Referenztext wird er von der Industrie zustimmend zitiert. Vor allem die Forderung nach demokratischer Transparenz und Dialog soll die Möglichkeit eröffnen, die ökologische Krise in Analogie zur Lösung der 'sozialen Frage' anzugehen:

"L'économie contemporaine apparait parfois à bout de souffle: elle exige d'être relancée sur des nouvelles voies, elle appelle de 'nouveaux Keynes'. Peut-être le concept de 'croissance durable' apparaîtra-t-il alors comme la synthèse de l'économie et de l'écologie, le pôle d'accumulation et de création de richesses de la nouvelle prospérité?" (Stoffaes ebd.:11).

Weiter oben wurde darauf hingewiesen, daß zur Bewältigung der Nimby-Konflikte seit mehreren Jahren im Rahmen der Umweltgesetzgebung rechtliche Dispositive zur (Verbesserung der) *Partizipation* zivilgesellschaftlicher Akteure eingerichtet wurden. Auch die nationale Energiedebatte, die vorgesehene Einrichtung einer Commission du Débat Publique, die Verbesserung der Enquête Publique bei größeren Infrastrukturmaßnahmen, die verschiedenen Diskussionsforen und Abstimmungsprozesse zwischen Umweltministerium und Umweltschutzverbänden oder Wirtschaftsakteuren können als aktive Partizipationspolitik verstanden werden. Im Dezember 1991 fand auf Einladung der Regierung in Paris eine internationale Konferenz der NGOs aus dem entwicklungspolitischen und dem umweltpolitischen Bereich statt. Ziel war die Entwicklung von NGO-Vorschlägen für die Rio-Konferenz. Dazu wurde die "Agenda Ya Wananchi" ('gens de la Terre' in Swahili) verabschiedet.

Auch die Förderung zivilgesellschaftlicher Verbände (etwa des Comité 21) muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Allgemeiner soll die staatsbürgerliche Verantwortung unter dem Stichwort der 'éco-citoyenneté' verstärkt werden. In Arbeitszusammenhängen des Umweltministeriums ist das bisher wichtigste französische Handbuch zum Thema DD, "La planète Terre entre nos mains. Guide pour la mise en oeuvre des engagements du Sommet planète Terre" (Antoine/Barrère/Verbrugge 1994) entstanden. Darin werden neben der Vorstellung der Beschlüsse von Rio Informationen für die darauf bezogene Umsetzungs- und Handlungspraxis für die internationale und nationale Mobilisierung der französischsprachigen Öffentlichkeit präsentiert. Der von S. Antoine (Comité 21), M. Barrère (Journalistin, Agence Cassiopée Science Information, 4D) und G. Verbrugge (Umweltministerium, Service des Affaires Internationales) konzipierte Band wurde unter Mitarbeit von I. Sachs, der Internationalen Handelskammer, der United Towns Organization, des CEDI und des CRID verfaßt und kann als exemplarisches Dokument der Partizipationskultur gelten

Jenseits dieser einzelnen Maßnahmen verläßt der allgemeine Diskurs der Exekutive über DD kaum die Ebene allgemein gehaltener plakativer Äußerungen: In einer Präsentation seiner umweltpolitischen Vorhaben im Rahmen einer Vortragsreihe des Comité 21 am 13.4.95 betont der spätere Präsident J. Chirac sowohl Umweltschutzaspekte als auch die soziale Integration der französischen Gesellschaft. Er bezeichnet Naturschutz und Kampf gegen Verschmutzungen als langfristige gesellschaftliche Notwendigkeiten. Er sieht hier vor allem drei Anforderungen für einen neuen Elan der Umweltpolitik: 1) Angleichung der Lebensbedingungen der Franzosen; 2) *Versöhnung von Ökonomie und Umwelt* als 'beste Definition von DD' und 3) die Förderung einer wirklichen Umweltdiplomatie. Zusätzlich seien vor allem die zivilgesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten auszubauen. Programmatisch strebe er eine stärkere Stellung des Umweltministeriums an, das mit realen Machtkompetenzen ausgestattet werden soll. Es gelte, eine konkrete, nicht-technokratische und humanistische Ökologie zu verfolgen, die vom Primat des Politischen und des Bürgers ausgehe. Verantwortung sei vor allem persönliche Aufgabe.

Nüchterer nimmt sich demgegenüber die spätere Regierungsrealität aus: Kürzung der Mittel des Umweltministeriums und der staatlichen Umweltbehörde, technischer Vollzug statt politische Vision (Libération, 25.9.95). Allerdings hat die Regierung einen Vorschlag der CFDD aufgegriffen und für das Jahr 1996 eine *nationale Debatte über DD* nach dem Vorbild der Energiedebatte vorgesehen, die vom Umweltministerium initiiert wird und der französischen Öffentlichkeit die wirtschaftlichen, sozialen und umweltschutzbezogenen Vorteile der Nachhaltigkeit verdeutlichen soll. In ihrer Rede vom 18.10.95 im Ministerrat kündigt die Umweltministerin weitere Initiativen an: Auf internationaler Ebene will Frankreich zur verbesserten Anwendung des internationalen Umweltrechts beitragen und die Regeln des Welthandels mit dem Umweltschutz kompatibel machen. Die UN-Kommission für DD soll verstärkt unterstützt werden. Entwicklungshilfen und der Fonds Francais pour L'Environnement Mondial sollen zunehmend auf Kriterien des DD umgestellt werden. In Frankreich selbst sollen Entscheidungen verstärkt unter Einbezug von Langzeitperspektiven getroffen werden. DD soll insbesondere berücksichtigt werden in der Raumordnungspolitik, der Verkehrspolitik, dem Gesetz

gegen die Luftverschmutzung, in der Stadtpolitik durch Entwicklung von Kriterien für Nachhaltigkeit und in der Energiepolitik entsprechend den Beschlüssen der nationalen Energiedebatte. Der Weg der Öffentlichkeitsbeteiligung (Commission nationale du débat public; charte de la concertation pour les projets de moindre ampleur) soll dieses Vorgehen unterstützen. Politische Vorhaben sollen verstärkt unter Umweltgesichtspunkten evaluiert werden:

"Une stratégie nationale de développement durable sera élaborée sous l'égide du Premier ministre afin de mieux inscrire l'action des pouvoirs publics sur le long terme. Cet exercice sera conduit par le ministre de l'Environnement dans le courant de l'année 1996, en concertation et avec l'appui des départements ministériels concernés. Il visera à définir des objectifs propres à orienter l'action des acteurs et des indicateurs permettant la mesure des progrès accomplis" (Presse-Kommuniqué von Corinne Lépage, 18.10.95).

Die (umstrittene) institutionelle Neuverankerung der CFDD innerhalb des Umweltministeriums ist Teil dieses neuen Anlaufs der französischen Regierung zum Thema DD. Auch hier wird erneut die primär umweltbezogene Ausbuchstabierung der Beschlüsse von Rio deutlich. Prinzipiell bestünde etwa die Möglichkeit, die derzeit ohne Bezug auf DD betriebene Sanierung der Sozialversicherung durch eine energiebezogene Ökosteuer voranzutreiben, und die Kosten menschlicher Arbeitskraft demgegenüber zu reduzieren. Solche Zusammenhänge werden aber bislang von der Regierung nicht gesehen oder genutzt.

Gegenüber dieser umweltschutzbezogenen Rahmung hat die CFDD einen umfassenderen Begriff von DD formuliert, der die ökologische Dimension (Begrenztheit von Ressourcen, Grenzen der Schadstoffaufnahme-fähigkeit), die soziale Dimension (Armut, Nord-Süd-Beziehungen), die kulturelle-ethische Dimension (intergenerationelle Solidarität) und den Respekt vor der natürlichen Vielfalt umfaßt:

"Il s'agit réellement de transformer nos sociétés en autre chose, avoir changer facilement, comme on dit dans le jargon, les 'patterns of production and consumption'. (...) Comprenez bien ce que je veux dire : la politique, il n'y a rien de plus important, mais je ne crois pas que ces problèmes soient des problèmes techniques, on ne les résoudra pas sauf à changer les politiques" (I6).

Die Agenda 21 gilt ihr als Vorlage für den einzuschlagenden Weg. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit eines nachhaltigen Wachstums ('croissance durable') betont. Es gehe nicht darum, die Produktivitätsfortschritte in Frage zu stellen, sondern die Art, wie sie eingesetzt werden: "La conciliation entre croissance - une croissance qui reste nécessaire pour éradiquer la pauvreté dans le monde - et développement durable doit déboucher sur un développement qui intègre et garantisse les nouvelles aspirations des êtres humains" (CFDD 1995a:11). Dazu werden allgemeine Ziele (etwa die Schaffung der notwendigen und möglichst sicheren Wissensbasis, die Befolgung des Vorsorgeprinzips, die Anpassung der Emissionen an die natürlichen Aufnahmekapazitäten, kein Abbau des natürlichen Kapitals von einer Generation zur nächsten u.a.m.) und Mittel (Umbau der Steuergesetzgebung, Effizienzsteigerungen im Bereich von Produktion und Konsum, Reduzierung von Energieverbrauch, Verschmutzung, Raumverbrauch, Verlangsamung, Solidarität, Partizipationsformen zur Abstimmung der technischen und wirtschaftlichen Logik mit den Anforderungen von DD) vorgeschlagen. Bislang

sind die Überlegungen der CFDD nicht auf Interesse seitens oder Unterstützung durch die französische Regierung gestoßen. Ihre vorgesehene institutionelle Neuverankerung und das Rücktrittsgesuch des derzeitigen Vorsitzenden Sauviron sind äußerliche Indizien ihrer bisher geringen Bedeutung.

Die *staatliche Administration* hat nicht die Aufgabe, eine politische Position zum Thema DD zu entwickeln. Dennoch kommt ihr eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung und Ausgestaltung der entsprechenden Politiken zu. Innerhalb der Administration gibt es keine einheitliche Einstellung zu DD. Diesbezügliche Initiativen haben einen kleinen institutionellen Rahmen im Umweltministerium, aber bereits hier wird keine eindeutige Perspektiven mit DD verbunden. So urteilt eine Beobachterin: "Je crois que au sein du Ministère, on a essayé de faire passer l'idée (...). Mais le développement durable, je ne suis pas sûre que ça dise grand chose à beaucoup de gens dans ce Ministère. Même dans le sein de ce Ministère" (17). Es gibt im Umweltministerium keine Stelle, die nur mit DD befaßt wäre. Geringeren Stellenwert hat DD im Ministerium für Raumordnung, im Landwirtschaftsministerium, im Erziehungs- und Bildungsministerium oder im Entwicklungshilfeministerium. Das Industrieministerium repräsentiert mit einem Hauptwiderstand einer offensiveren administrativen Strategie. Innerhalb der Ministerien ist der Stellenwert umstritten.¹⁷ Vor allem die Abteilungen für internationale Beziehungen verfolgen die Abkommen, während die technischen Abteilungen 'business as usual' betreiben. Engagierte Vertreter des Umweltministeriums gehören auf der internationalen Ebene zu den aktivsten Verfechtern der Weiterverfolgung der Beschlüsse von Rio auf den nachfolgenden Weltkonferenzen (z.B. auf der Konferenz von Kairo im September 1994 über 'Population et développement', auf dem Weltsozialgipfel von Kopenhagen im März 1995, bei der Weltklimakonferenz von Berlin im April 1995 oder in der Vorbereitung der zweiten Weltstädtekonferenz Habitat II in Istanbul 1996, vgl. Verbrugge 1995). Kritische Beobachter stellen auf internationaler und auf nationaler Ebene eine Dominanz des Aspekts ökonomischer Dauerhaftigkeit in der Diskussion um DD fest:

"Bon, c'était très bien intellectuellement de lier le développement avec les préoccupations d'environnement, mais finalement aujourd'hui, de plus en plus, on oublie l'aspect durable du développement, on veut du développement tout de suite, même s'il est pas durable. Et c'est ça qui est demandé beaucoup plus par les pays du Sud. Ca se sent très bien dans la négociation sur la Convention sur la diversité biologique, notamment. Ca c'est senti très fort au Sommet social" (17).

Das entspräche aber nicht dem umfassenden Begriff von DD, wie er sich in den Beschlüssen der Rio-Konferenz findet. Die Initiative der Vereinten Nationen zu einer neuen Konvention über DD werden abgelehnt, weil angesichts der Vielzahl vereinbarter Konventionen und beschlossener Maßnahmen die Administrationen und Regierungen kaum noch in der Lage seien, die bisherigen Beschlüsse umzusetzen und die Umsetzung zu verfolgen. Auf nationaler Ebene sei weniger die Übereinstimmung über den Begriff (eine diesbezügliche interministerielle Debatte hat nicht stattgefunden) als vielmehr die

¹⁷ Ein Beispiel für einen solchen intraministeriellen Konflikt ist die Auseinandersetzung im Landwirtschaftsministerium zwischen der Direction de l'espace rural et des forêts, die eine stärkere Berücksichtigung von DD fordert, und der Direction Economie et Protection Social, die sich weigert, Kriterien für DD in die von ihr vergebenen Aufbauhilfen für junge Landwirte einzubeziehen (15).

Frage der einzusetzenden Mittel das zentrale, handlungsblockierende Problem. Zukünftige Erwartungen des Umweltministeriums an die EG richten sich vor allem auf den Ausbau der Bürgerbeteiligung, auf Fragen der Förderung nachhaltiger Landwirtschaft und Abfallbewirtschaftung.

(2) Parlament und Parteien

In einem Bericht der Abgeordneten Nungesser und Royal (Umweltministerin zum Zeitpunkt der Rio-Konferenz) für die 'Commission des Affaires Etrangères' der Nationalversammlung über die Folgen von Rio vom 9.6.94 wird eine kritische Bilanz der Umsetzung von DD gezogen (Nungesser/Royal 1994). Mangelnder politischer Wille sei auf internationaler Ebene dafür der Grund. Auch die nationale Umsetzung der Beschlüsse verlief sehr zögerlich, sobald wichtige industrielle und finanzielle Interessen berührt seien. Der Bericht spricht sich für einen globalen Ansatz von DD und eine stärkere Rolle der CFDD aus. In Bezug auf den Treibhauseffekt und den Beschluß zur Stabilisierung der CO₂-Emissionen würden die Ziele nicht erreicht, vielmehr die Emissionen bis zum Jahre 2000 um 6-8% ansteigen. Das anspruchsvolle Programm zum Kampf gegen den Treibhauseffekt von 1993, das die Begrenzung des Wachstums der Straßentransporte, die Förderung erneuerbarer Energien,¹⁸ von Aufforstungen und Branchenverträgen mit den Verschmutzerindustrien vorgesehen habe, sei praktisch nicht umgesetzt worden. Eine Erhöhung der Mineralölsteuer im Juli 93 sei in erster Linie durch Finanzlücken im Haushalt motiviert gewesen. Das enorme Autobahnbauprogramm spräche gegen die anvisierten Ziele. Frankreich blockiere auf EG-Ebene eine allgemeine Energiesteuer. Diese kritische Bilanz der staatlichen Politik in Sachen DD trägt Züge einer persönlichen Abrechnung zwischen ehemaliger Umweltministerin Royal und neuem Amtsinhaber Barnier. Dennoch wird ihre allgemeine Einschätzung von Teilen der Administration und von Mitgliedern des CFDD geteilt. Allerdings - und bezeichnend für die Stellung des Parlaments - wurde der Bericht nicht im Parlament diskutiert.

Da sich die Einschätzungen der Regierungsparteien in Sachen DD nicht von den weiter oben beschriebenen Positionen der Regierung unterscheiden, soll hier nur kurz auf die übrigen Parteien eingegangen werden. Die kommunistische PC führt die Gefährdungen von Umwelt und Lebensqualität in erster Linie auf die kapitalistische Wirtschaftsweise zurück und sieht daher systemimmanent wenig Handlungsspielraum. Die sozialistische Partei formuliert - folgt man den Ausführungen ihres Präsidentschaftskandidaten Jospin vor dem Comité 21 - ein Programm, das weitgehend identisch mit den erklärten Absichten von Chirac ist. Für Jospin bedeutet Ökologie demnach vor allem Lebensqualität. Diese könne der Markt alleine nicht gewährleisten. Vorgesehen seien drei Maßnahmen: ein Plan für ökologische Erneuerung, eine solidarische Entwicklung der Gebiete, und eine Erneuerung der Stadtpolitik. Die Grünen vertreten eine Programmatik, die weitgehend den Vorstellungen der NGOs entspricht und DS als Schlüssel zu einer umfassenden alternativen Gesellschaftsvision versteht. So formuliert die Präsidentschaftskandidatin von Les Verts, Dominique Voynet vor dem Comité 21:

¹⁸ Dazu ein Beispiel: Während die französische Nationalversammlung die Klimakonvention ratifiziert, wird die französische Energiesparpolitik auf Eis gelegt und die entsprechenden Kapazitäten der ADEME beschnitten (L'Express vom 26.10.93). Ein Zeichen, das als Ausdruck des Konflikts zwischen Industrieministerium und dem Corps des Mines sowie dem Verkehrsministerium auf der einen Seite, einer aktiveren Umweltpolitik auf der anderen Seite gesehen wird.

"Oser un développement soutenable, ca change tout! (...) Notre objectif est de passer du modèle économique libéral et productiviste à un développement soutenable, qui protège et améliore l'environnement, qui se préoccupe autant des besoins actuels des êtres humains que de ceux des générations futures." Umweltschutz und Ende der sozialen Exklusion müssen miteinander einhergehen. Als Vorschläge zur Umsetzung gelten der Ausstieg aus der Atomenergie, die prioritäre Förderung der öffentlichen Transporte, die Verabschiedung eines Rahmengesetzes zur Luftverschmutzung, die Aufhebung des Monopols der privaten Wasserversorger und die Schaffung öffentlicher Versorgungsunternehmen, die Überarbeitung der Abfallpolitik, die Einführung von Sozial- und Umweltsteuern auf Importe und die Aufnahme des Rechts auf ausreichende natürliche Umwelt in die Verfassung. Aus den Reihen von Les Verts wird der integrative Aspekt von DD, d.h. die Integration von ökonomischen, ökologischen und sozialen/ethischen Aspekten (intra- und intergenerationelle Solidarität) betont:

"La notion de développement soutenable est plus radicale qu'un simple habit neuf pour d'anciennes politiques. Comme l'enonçait le 'projet Nakuru', c'est 'un développement qui tend à recentrer les politiques de développement nationales, régionales et mondiales sur une vision axée sur l'homme, qui reconnaît comme valeurs la vie, la diversité culturelle et notre réalité de voyageurs du vaisseau spatial Terre, admet notre responsabilité à l'égard des générations futures concernant la gestion des ressources terrestres et estime que le développement doit se traduire par des améliorations de la qualité de vie de tout un chacun. Cette vision englobe la démocratie et l'indépendance qui sont ses deux principes d'organisation les plus fondamentaux'. Le développement soutenable est donc avant tout un problème politique, au sens de l'organisation ou de la cité - mondiale (...) On retrouverait ainsi le principe de subsidiarité à l'échelle planétaire: gérer et résoudre les problèmes au plus près de ceux qui en subissent les effets" (Brodhag 1994:200ff).

3.2 Die Sichtweisen der NGOs

Zusammen mit 4D ist CRID wichtigster NGO-Akteur im Bereich von DD. Die NGOs versuchen, der Dimension intergenerationeller, intra- und internationaler Solidarität einen prominenten Platz im DD-Diskurs zu geben:¹⁹

"Dans cette optique, il s'agit d'une forme de développement 'respectant le taux de renouvellement de la ressource dans le cas d'une ressource renouvelable et prévoyant un échéancier de remplacement de la ressource dans le cas d'une ressource non renouvelable' (Claude Villeneuve). Il implique également la conservation des ressources génétiques et la maintien de la diversité biologique. (...) Le développement durable appelle une modification profonde des modes de développement du Nord; il désigne également la capacité du Sud à se développer; il établit enfin une relation de l'un à l'autre telle que, pour une large part, l'ampleur des modifications accomplies dans le Nord conditionne à la fois le développement du Sud et la préservation globale de l'environnement" (Mousel 1995:5).

Referenztexte sind neben der Agenda 21 oder dem Brundtland-Bericht vor allem die NGO-Erklärungen im Kontext der Rio-Konferenz. Sie favorisieren ein globales Verständnis von DS, vor dessen

¹⁹ Differenzen bestehen innerhalb der französischen umweltpolitischen Organisationen (und hier zentral über die zukünftige Rolle der Atomenergie), als auch teilweise zwischen umweltpolitischen und entwicklungspolitischen Organisationen (im Hinblick auf die Frage angemessener Wachstumsmodelle für Entwicklungsländer). Neben den klassischen Verbandsstrukturen spielen Teile der 'gehobenen' Alternativpresse (z.B. 'Politis' (1994) und 'alternatives économiques' (1993)) und wissenschaftliche Zeitschriften (etwa Tiers Monde (1994)) eine Rolle als Plattform bei der Formulierung von Alternativforderungen in Bezug auf DD.

Hintergrund die Einschätzung der bisherigen Umsetzung in Frankreich kritisch ausfällt. In einem Vortrag auf der zweiten nationalen Umweltkonferenz beklagt der damalige Präsident von FNE, P. Legrand, den fehlenden allgemeinen politischen Willen zur Umsetzung von DD. Die französischen Umweltschutzverbände seien so

"surtout étonnées devant l'inconsistance du projet de développement global tel qu'il se traduit dans les décisions politiques. Quelques sujets spectaculaires ont leur place dans la vie quotidienne: le climat, les déchets. Mais l'idée générale d'une politique de développement durable reste absente ou déarticulée. Elle n'apparaît pas dans le projet de loi sur l'aménagement du territoire, ni dans les projets industriels. On l'a cherchée sans la trouver dans les débats des élections européennes. Elle n'a pas davantage de substance dans la gestion des municipalités, dans les contrats de plan ou dans les politiques de recherche et de coopération. Même si ce point de vue peut paraître un peu sévère, les questions d'infrastructures, de transports, d'énergie et d'urbanisme en font l'économie. Le développement durable représente donc un espoir contredit au quotidien" (Ministère de l'Environnement 1994d:24ff).

Bislang sei die Konkretisierung des Konzepts eher Sache einzelner engagierter Individuen als Sache von Gruppen oder gar Institutionen, und dabei nähme die Exekutive keine besonders rühmliche Rolle ein. Mehr Interesse wird da schon bei der Wirtschaft gesehen: "Dans certaines grandes entreprises, le développement durable est considéré à sa juste valeur. La situation est différente dans les collectivités et les administrations. Les ministères eux-mêmes y font peu référence" (ebd:25):

"C'est extrêmement variable et ça tient aux individus qui sont dans les ministères. A mon avis, sur le plan politique, y a pas une prise en compte réel du développement durable. Il faut ramer continuellement. Et en ce sens, les textes de Rio nous sont quand même utiles, pour rappeler au gouvernement que il a souscrit à des recommandations et qu'il a aussi à les respecter même si ce sont que des réglementations. Ceci dit, il se passe des choses. Je veux dire au Ministère de l'Environnement, au Service des Affaires Internationales, avec qui ont est en relations constantes, se bat à l'intérieur même du Ministère et à l'intérieur du Gouvernement pour que ce concept de développement durable soit pris en compte. Il se bat pour que ça soit réintégré dans les autres Conférences des Nations Unies. On s'est battu ensemble d'ailleurs, pour le Sommet Social, pour les Femmes à Pékin ou pour Habitat 2 à Istanbul, sur la Population, aussi au Caire" (I9).

Die staatlichen Berichte an die UN-Kommission würden nur die bisherige Umweltpolitik unter einem neuen Etikett weiterschreiben und werden tendenziell als 'gag' eingeschätzt:

"Parce que le premier rapport qui a été fait en 93, a repris dans son "avancée après Rio", tout ce qui avait été fait en France depuis 71.(..) Alors, c'était relativement facile, parce que c'était le premier rapport, mais maintenant en 94, ils ont intégré les projets d'ONG pour monter qu'ils faisaient quelque chose, mais en fait c'est nous qui faisons. En 94 on a été consulté. (...) Donc a mon avis le rapport qui est fait ne s'inscrit pas spécifiquement dans le suivi de Rio" (I9).

Die Aktivitäten der CFDD werden von den NGOs nicht unter inhaltlichen Aspekten abgelehnt, sondern unter Gesichtspunkten ihrer mangelnden institutionellen Bedeutung. Die nationale Haltung Frankreichs zur Energiesteuer (Aussparung der Atomenergie) und die Besteuerung von Benzin zum Abbau des Haushaltsdefizits wird kritisiert.

Der Diskurs der NGOs fordert gegenüber sektoriell-pragmatischen Rahmungen eine globale, sektor-

übergreifende Politik des DS: "Le développement durable est un sujet transversal" (14). Dies wird exemplarisch deutlich an wirtschaftsbezogenen Forderungen: "Des bilans sociaux et environnementaux de l'activité de l'entreprise peuvent être à l'origine d'initiatives privées en faveur d'un développement durable: pollution minimale, étude du cycle de vie du produit, mesures en faveur de l'emploi et de l'insertion sociale, incitation des employés à utiliser les transports en commun et le vélo etc." (Broschüre CRID 1995). CRID hat 6 Prinzipien für ein *neues Entwicklungsmodell* aufgestellt: die kulturelle und soziale Integrität der Entwicklungsformen muß gewährleistet sein; ökologische Prinzipien (Diversität und nachhaltige Ressourcennutzung), Solidaritätsprinzip (Entwicklung muß die Grundbedürfnisse befriedigen und Lebensbedingungen für alle schaffen, Gleichheit ermöglichen), Emanzipationsprinzip (Entwicklung muß Selbstgenügsamkeit, lokale Ressourcenkontrolle, die Partizipation der Benachteiligten), Prinzip der Gewaltfreiheit, Prinzip der Vorsicht (Technische und Soziale Prozesse dürfen nicht zu Irrtümern führen, die die Integrität der Ökosysteme, der Basisressourcen und das gemeinsame Erbe der Menschheit gefährden) sollen gelten. Eine solche Ausbuchstabierung von DS orientiert sich an dem 'Geist von Rio'; d.h. im Verständnis der NGOs die Integration von ökologischen, sozialen und ökonomischen Momenten in einer Vision dauerhafter Entwicklung. Als *Instrumente* werden monetäre Mittel, transversale Politiken und der stringente Einbezug der internationalen Dimension, mehr Demokratie, entschiedener Förderung erneuerbarer Energiequellen und eine Debatte über die Notwendigkeit der Atomenergie gefordert. Veränderte Produktions- und Konsumptionsweisen in den Ländern des Nordes werden als Voraussetzung akzeptablerer Nord-Süd-Verhältnisse angesehen.

Während die Diskurse der Exekutive primär auf umweltschutzbezogene Aspekte und die Diskurse der Wirtschaft vor allem auf die ökonomische Verträglichkeit abheben, beziehen sich die NGOs neben der DS-Definition des Brundtland-Berichts auf das dort formulierte Konzept der Priorität der grundlegenden Bedürfnisse und die mangelnde Eignung derzeitiger Techniken und Formen der sozialen Organisation angesichts der begrenzten Kapazitäten der Umwelt. Die im Brundtland-Bericht erwähnte Bedeutung des Wirtschaftswachstums als notwendige Bedingung für DD wird, auch bei veränderten Inhalten und Qualitäten dieses Wachstums, für problematisch gehalten. Sie bricht nicht "avec la logique libérale du modèle actuel, réclamant une augmentation des transferts de technologie, des flux de capitaux et des échanges. Il ne remet pas en cause l'idée d'une expansion continue de la production matérielle. La vision optimiste d'une croissance renouvelée au Nord est loin d'être partagée par tous. Déjà, on peut constater que la croissance actuelle ne s'accompagne pas toujours d'une amélioration du bien-être" (un monde à venir Nr.7/1994). Notwendig sei der Bruch mit der Idee eines permanenten globalen Wachstums. Das Konsummodell des Nordens sei nicht auf den ganzen Planeten übertragbar. Es gehe um ein Verlangsamens dieses Wachstumstyps und um ein Umsteuern. Dies heißt für die 'überentwickelten Länder':

"C'est une véritable conversion culturelle qu'il est urgent de s'atteler: mesurer le développement non plus à l'accumulation de marchandises mais à la qualité du temps et à la réduction des inégalités. (...) Le marché est incapable de réguler l'accès au patrimoine commun et inter-générationnel de l'humanité. Encadré par des normes, rééquilibré par des taxes, le marché permettrait aux sociétés d'atteindre de

manière décentraliser leur but commun" (CRID 1992:77).

Politisch gesehen ist DS so ein *Demokratisierungsprojekt*: "Le développement durable est donc aussi un projet global qui vise à renforcer la démocratie - en favorisant la participation des citoyens aux prises de décisions - et l'équité sociale dans le monde et entre les générations" (un monde à venir Nr.7/1994). *Subsidiaritätsprinzip und Partizipationsforderungen* ergänzen einander: "Citoyenneté, démocratie locale, solidarité internationale, développement durable", lautet ein Slogan. Zur Revision der etablierten, sektoriell zugeschnittenen Politiken sollen lokale Diskussionsforen mit der Administration, der Wirtschaft, Verbänden und interessierten Bürgern organisiert werden. Vor Ort müssen die jeweiligen Prioritäten der Maßnahmen entschieden werden. Es geht um die gesellschaftliche Ziel- oder Zweckbestimmung des Verhältnisses von Ökologie und Ökonomie und um die Möglichkeit einer ökologischen, sozialen und ökonomischen win-win-Situation (etwa durch die Arbeitsmarktpotentiale einer Ökosteuer auf fossile Energieträger):

"C'est bien gérer les ressources qui ne sont pas toujours renouvelables pour qu'il y ait plus d'équité entre le Nord et le Sud et pour ne pas hypothéquer l'avenir des générations futures, que ce soit au Nord ou au Sud. (...) C'est carrément un changement de mode de vie et un changement de références et de valeurs. Le jour où on jugera les entreprises sur leur utilité sociale et non pas sur leur réussite économique, encore qu'il en faut évidemment, il faut la survie de l'entreprise, c'est clair, on aura fait un grand pas en avant" (14).

Der globale Ansatz markiert einen wesentlichen Unterschied zur bisherigen Politik der Förderung der sogenannten 'éco-industries' als 'end-of-the-pipe'- und Reparaturindustrien:

"Une politique se référant au développement durable intègre le social avec l'économique et l'écologique non pas par surcroît mais par construction: moindres surexploitation des ressources naturelles et meilleur emploi des ressources humaines, redistribution des activités pour optimiser le cycle de vie des produits, rôle des services liés à l'environnement pour renforcer la solidarité et la cohésion sociale etc..." (Mousel 1995:3).

Als wichtigste Aufgabe stellt sich die Notwendigkeit eines neuen nationalen und globalen Gesellschaftsmodells:

"Repenser la production et les produits en fonction du double objectif d'une consommation 'plus durable' et de choix d'infrastructures plus réversibles; revoir à la lumière de développement durable les relations entre l'aménagement du territoire (...), l'urbanisme et les transports; intégrer les perspectives du 'cercle vertueux' économie-écologie-social dans les inévitables réformes du système de prélèvement obligatoires qu'imposeront, sous peu, la conjonction de l'état des finances publiques, du traité de Maastricht et de la monnaie unique; reformuler un projet enfin audacieux, à la fois généreux et porteur d'un nouvel équilibre mondial dans les rapports Nord-Sud, etc..." (Mousel 1995:8f).

Die NGOs stellen damit als einzige Akteursgruppe explizit die Frage nach neuen institutionellen Arrangements auf nationaler und internationaler Ebene (Aufbrechen klassischer sektorieller administrativer Strukturen, interministerielle Strukturen mit Entscheidungs- und Umsetzungskompetenzen, mehr zivilgesellschaftliche Ressourcen der Wissenserzeugung und -verwertung). Das größte Umsetzungsproblem für einen solchen integrativen Ansatz wird in der etablierten Arbeits- und Kompetenzen-

teilung in der Administration - und hier sowohl auf nationaler als auch auf *EG-Ebene* - und bei den Professionen gesehen. Die bisherige Rolle Brüssels im Hinblick auf DS wird sehr kritisch, d.h. als vor allem hinderlich beurteilt:

"Je pense que ce qui se fait à Bruxelles est tout à fait insuffisant, dans ce domaine. Et même c'est plus grave que ça, y a même des blocages. (..) Vous savez, dans la Commission, impossible de trouver qui se considérait comme réellement compétent. Parce que c'est toujours pareil, le jeu des conflits de compétences aboutit généralement à la paralysie. Tout le monde se prétend compétent sur quelque chose, le résultat c'est que rien ne se fait. Alors ça c'est tout à fait caractéristique. (...) Là, c'est un des lieux où le déphasage entre le discours et la réalité de ce qui se passe est vraiment le plus manifeste. Et c'est tout à fait, tout à fait déplorable. (...) Si il y avait une position claire, une attitude claire au niveau de l'Union Européenne sur ces sujets là, au moins, au moins on pourrait s'y référer. Ça pourrait être un système de référence, qui pourrait être fort" (I3).

Die Lobby-Rolle wird von den NGOs nicht über die Mobilisierung der massenmedialen Öffentlichkeit wahrgenommen, sondern in erster Linie in direkten Kontakten zu Administration und Politik. Nach ihrer Einschätzung ist die Gefahr groß, daß sich der Begriff des DD bei Exekutive und Wirtschaft in einer rhetorischen Figur erschöpft oder als Modeeffekt abgetan wird:

"Y a deux tentations. Y a la tentation qui consiste à restreindre et à dire simplement, : "bon", à dire : "tout ça c'est des histoires de modes. Bon. Y a trois ou cinq ans on parlait d'écologie, maintenant on parle de développement durable. Bon, Et puis on ne se fatigue pas plus pour essayer de comprendre". Et puis y a un autre aspect qui est purement de l'ordre de la rhétorique et qui fait que on peut ne pas se préoccuper du développement durable, mais mettre du développement durable dans tous les textes, dans tous les rapports, dans tous les discours. Et ça c'est vrai pour les entreprises, comme au niveau gouvernementale. Et ça c'est aussi un très gros, c'est aussi un danger. Parce que il y a une espèce de dévalorisation, simplement par l'usage rhétorique du terme" (I3).

Reale und starke Hindernisse seien einerseits die durch DD notwendig werdende 'kulturelle Revolution', aber auch die kurzfristigen Zeithorizonte der Politik und der fehlende politische Wille:

"Il manque la popularisation du concept. Et le gouvernement ne s'en occupe pratiquement pas (..) Pour moi le développement durable est une façon de remettre en cause notre propre développement. Donc il faut changer un système de références et de valeurs dans le domaine de l'économie, de l'écologie, de la politique, etc. Et ça, ça ne peut être fait qu'avec une volonté politique forte. Or, elle n'est pas là" (I4).

Andererseits wird in der Zivilgesellschaft (bei den Kommunen, den NGOs, den Gebietskörperschaften, der Wissenschaft, den Gewerkschaften u.a.m.) der eigentliche Träger dieses neuen Gesellschaftsprojektes gesehen:

"Le développement durable n'est pas quelque chose qui fait recette. Manifestement il y a toutes une série de résistances qui font que ce n'est pas pris au sérieux. Que l'enjeu n'est pas pris au sérieux ou que la volonté de faire quelque chose de ce truc qui est encore à construire, se fasse. Sur qui veut dire que une bonne partie de tout ce qui est administratif, résiste à fond. (..) Y a un double aspect aux choses dans cette affaire là. Un, l'aspect technique, développement durable : Qu'est-ce que c'est ? Comment on fait ? Les pratiques alternatives jusqu'aux transformations économiques que ça peut ... Et puis l'aspect socio-institutionnel, c'est-à-dire le bouleversement des rapports de pouvoir qu'il y a

là dedans" (I5).

Derzeit sei die Regierungspolitik einem klassischen Wachstumsmodell verhaftet: "C'est-à-dire que l'idée que la croissance est créatrice d'emplois n'est pas encore tombée. Elle est pourtant, depuis deux ans (...) n'est plus créatrice d'emplois. Mais les économistes et les décideurs économistes français restent malgré tout sur ce schéma, qui est obsolète, maintenant" (I4). Die verschiedenen internationalen Dokumente - wie etwa die Agenda 21 - dienen als strategisches Hilfsmittel, indem sie 'beim Wort genommen' und die in ihr formulierten Forderungen an die Regierung adressiert werden, um sie auf eingegangene Verpflichtungen aufmerksam zu machen. Lobbying für DS funktioniert so über Sprechen: "A travers des débats qui modifient à la fois les rapports de structures, les rapports de pouvoir et y a même les rapports de conceptions, de références, on va essayer de construire ensemble une nouvelle forme de ce que peut être le développement durable, pour avoir des traductions concrètes" (I5). Vor allem international operierende Wirtschaftskonzerne seien hier in machen Fragen weiter als die französische Regierung und damit der eigentliche Verbündete der NGOs.

3.3 Die Sichtweisen der Wirtschaftsakteure

Unter den französischen Wirtschaftsakteuren beziehen sich in erster Linie die großen nationalen und internationalen Konzerne auf den Begriff des DD. Die Gewerkschaften verfolgen die Debatte bislang passiv.

(1) Die Unternehmen

Prinzipiell erkennt die französische Industrie DD als gesellschaftliche Herausforderung an. Im Vorwort zu Nollet (1994) schreibt z.B. der Generaldirektor des Chemie-Konzerns Rhone-Poulenc und Präsident von EpE, J.-R. Fourou unter Bezug auf den Bericht der Brundtland-Kommission, die Rio-Konferenz, die Charta der Interantionalen Handelskammer und den BCSD:

"One of the key challenges facing us in coming years is to find better ways to reconcile people's aspirations for constantly improved living conditions (in terms of health, food, housing, leisure activities, transportation, etc....) and the development of a competitive industry, creating new jobs and resources for the country, with the absolute necessity of protecting our natural heritage" (Vorwort in Nollet 1994:7). Und weiter heißt es in dem Buch: "By adopting the principle of sustainable development, our companies have adopted a real code of ethics. Man becomes the higher goal. Economic, social and technological development ist duty bound to preserve the quality of life of people living today, and that of generations to come. This implies managing the natural heritage in such a way as to preserve these resources. (...) Working for the general interest implies respecting an economic logic. Consequently, sustainable growth consists in trying to identify at all times the best compromise between environmental protection and economic development" (Nollet 1994:18).

Der Diskurs der Wirtschaft stellt die ökonomische Machbarkeit und die wissenschaftlich abgesicherte Grundlage für Maßnahmen in den Vordergrund. DD wird zur '*croissance durable*' als optimiertem Kompromiß zwischen ökonomischen und ökologischen Erfordernissen. Der CNPF definiert DD als

"une conception de la croissance répondant aux préoccupations contemporaines et compatible avec le modèle économique libéral. On entend par développement durable un développement économique

capable de répondre aux besoins présents sans hypothéquer le patrimoine naturel et la capacité des générations futures à satisfaire leur propre développement. L'application concrète du concept de développement durable conduit à définir d'abord les principes fondamentaux de toute action efficace en matière d'environnement. En effet, les problèmes d'environnement doivent être traités dans un climat de sérieux et de sérénité, ce qui suppose que l'analyse des enjeux en cause et le choix des objectifs et des moyens à mettre en oeuvre reposent sur les modalités garantissant l'efficacité des prises de décision (prévisibilité, analyse coût-avantage ...), des bases scientifiques solides, le réalisme technologique, la responsabilisation de tous les acteurs concernés, la concertation et l'affirmation du rôle des entreprises, l'application du principe de subsidiarité" (CNPF 1993:1).

Als konkrete Beiträge zur Umsetzung werden (freiwillige) Maßnahmen des innerbetrieblichen Umweltschutzes und der Effizienzsteigerung in Bezug auf die Ressourcennutzung angeführt - die umweltschutzbezogene Rahmung dominiert: "Adhering to sustainable development supposes that industry both introduces an environment management system and works in a spirit of transparency and dialogue. A vital state of mind to remain credible and to develop an atmosphere of trust with our partners, such as the authorities, local communities and the general public" (Nollet 1994:185). Diese Ansätze sind mit einer *ökonomischen und sach- bzw. wissensbezogenen Vorbehaltsklausel* versehen. Z.B. gilt der Treibhauseffekt als unbewiesen und umstritten, d.h. nicht als ausreichende Handlungsgrundlage. Angesichts der unsicheren wissenschaftlichen Grundlagen sei es verständlich, daß verantwortungsvolle Unternehmer und Politiker hier keine weitergehenden Maßnahmen treffen. Dem technischen Fortschritt komme eine wesentliche Rolle zu, aber er ließe sich nicht beliebig beschleunigen. Notwendig sei deswegen ein technischer Realismus, der Entwicklungszeiten berücksichtigt. Gegenüber der Formulierung des Einsatzes der besten verfügbaren Technik wird kritisiert, daß diese nicht die ökonomischen Kosten berücksichtigt. Demgegenüber sei der Begriff der "*meilleures technologies disponibles n'entraînant pas de coûts excessifs*" vorzuziehen (CNPF 1993:4).

Das Subsidiaritätsprinzip wird als *Deregulierungsimperativ* gefaßt. Eigenverantwortung und Eigenverpflichtung der Unternehmen im Rahmen der *liberalen Marktordnung* werden als die angemessensten Formen der Sicherung von Umweltschutzinteressen bevorzugt:

"Dans la conception libérale, le 'développement durable' constitue un mode de croissance économique garantissant un état de l'environnement naturel (mondial, continental, national, local) qui ne mette pas en cause la poursuite du développement économique et qui assure le maximum de bien-être pour les populations concernées" (CNPF 1993:8).

Verständigungsprozesse werden mit NGOs zwar angestrebt, vor allem aber als gesetzlichen Regelungen vorbeugende und vorangehende Abstimmung zwischen Industrie und Staat konzipiert:

"La protection de l'environnement ne doit pas servir de prétexte à une immixtion de l'administration dans des domaines qui relèvent de la compétence et de la responsabilité du chef d'entreprise, notamment en lui imposant des obligations de moyen l'a ou des obligations de résultat suffiraient. Les entreprises doivent être à même de définir les progrès envisageables, les engagements possibles, compte-tenu de la situation technique, et de l'inertie des moyens de production" (CNPF 1993:5).

Kritische externe Beobachter (aus der Administration oder den NGOs) sehen darin (etwa am Beispiel

der Mineralölindustrie) eine Inkohärenz insoweit, als zwar einerseits die Prinzipien von DD unterschrieben würden, andererseits aber im Hinblick auf die französische Wirtschaftspolitik staatliche Regulierungen/Anstrengungen zur Umsetzung von DD blockiert würden bzw. in hohem Ausmaße eben Deregulierungsprozesse in allen unternehmensrelevanten Politikbereichen gefordert würden (Soziale Sicherung, Arbeitszeit, Umweltschutz...; vgl. bspw. *Le Monde Diplomatique* v. Oktober 1995). Markteingriffe werden angesichts des Weltmarktes sowohl auf nationaler als auch auf EG-Ebene als wettbewerbsverzerrend abgelehnt. Der Beitrag der Unternehmen zur Umsetzung von DD wird in erster Linie im Bereich *technischer Verbesserungen in der Produktion im Hinblick auf geringeren Ressourcenverbrauch und weniger Schadstoffabgabe* gesehen. Verbesserte Materialeffizienz und verbesserter innerbetrieblicher Umweltschutz werden somit - ähnlich wie innerhalb der Regierungspolitik - zu 'Belegen' für unternehmerisches Engagement in Sachen DD. *Wirtschaftliches Wachstum* behält dabei seinen zentralen Stellenwert: "Il s'agit donc bien de trouver des compromis entre la nécessité du développement économique et de l'emploi, d'une part, et le respect de l'environnement, d'autre part" (CNPF 1993:3).

Vernunft, wissenschaftliche Grundlagen, technische und ökonomische Machbarkeit sind die Grundlagen dieses Verständnisses von DD, das die Effizienz und Erfolge der liberalen Marktwirtschaft bei der Berücksichtigung von Umweltschutzmaßnahmen und gleichzeitigem wirtschaftlichen Wachstum betont. In diesem Modell haben zwar gesetzliche Regelungen in Bezug auf Gesundheitsschutz und Sicherheitsvorkehrungen ihren akzeptierten Platz. Steuerliche Maßnahmen werden jedoch als gefährlich abgelehnt, freiwillige Leistungen der Unternehmen und marktgerechte (Anreiz-)Instrumente demgegenüber bevorzugt. Allgemeine Prinzipien wie das Vorsorge- oder das Verantwortlichkeitsprinzip erhalten in diesem Zusammenhang eine spezifische Ausdeutung.

Umweltpolitische und umweltschutzbezogene Entscheidungen sollen:

- dem "principe de précaution" folgend Maßnahmen dann treffen, wenn sich ein tatsächliches Risiko zeige und dabei das Proportionalitätsprinzip berücksichtigen;
- das Prinzip der Hierarchiebildung anwenden (nach der Problemanalyse sollen Prioritäten gesetzt und diesbezügliche Mittel bestimmt werden);
- eine Kosten-Nutzen-Analyse vornehmen, die systematisch die wirtschaftlichen Kosten vorgeschlagener Maßnahmen mit den anvisierten umweltbezogenen Nutzen vergleicht, um die effizientesten Maßnahmen zu ermitteln;
- die Prinzipien der schrittweisen und ökonomisch vertretbaren Einführung und der Vorhersehbarkeit berücksichtigen;
- Analysen multi-kriteriell anlegen (d.h. Fragen der Umwelt, der ökonomischen Entwicklung, der Gesundheit, der Beschäftigung und der Annehmlichkeit der Lebensform berücksichtigen);
- das Subsidiaritätsprinzip berücksichtigen, um den unterschiedlichen lokalen Bedingungen gerecht zu werden (z.B. keine allgemeinen Emissionsgrenzwerte für alle Industriezweige);
- die konkrete Umweltgeographie berücksichtigen (d.h. z.B. für globale Probleme keine generellen nationalen oder EG-Vorgaben, sondern nur globale Lösungen);

- Anreizsysteme und Selbstverpflichtungen der Industrie bevorzugen,
- staatliche Vorgaben auf Ziele beziehen und die Mittel den Unternehmen überlassen.

Die Verantwortung für die gesellschaftliche Entwicklung im Bereich der Nachhaltigkeit wird bei allen wirtschaftlichen und sozialen Akteuren gesehen. Dies heißt für die Unternehmen in erster Linie *Abstimmungsprozesse zwischen Staat und Industrie*. In diesem Sinne wird dem EG-Programm "Towards Sustainability" zugestimmt und als Beispiel auf das französische System der Verpackungsverwertung verwiesen, dessen Organisation auf Vorschläge der Industrie zurückgeht. Absprachen zwischen öffentlicher Hand und Industrie vor jeder Entscheidung werden als absolut notwendig erachtet. Die derzeitige Situation sei in dieser Hinsicht völlig unbefriedigend und verbesserungswürdig:

"Il serait particulièrement opportun et urgent que les pouvoirs publics français s'attachent également à améliorer le dialogue avec les entreprises, de manière à mieux associer ces dernières à la fois à la réflexion générale sur les grandes orientations de la politique de l'environnement, et au contenu précis ainsi qu'au calendrier de mise en oeuvre des réglementations en préparation" (ebd.:4).

Bezogen auf die aktuelle Debatte um DD in Frankreich wird der *systematische Einsatz von Kosten-Nutzen-Analysen* bezüglich aller Vorschläge von Regierung, Administration und NGOs gefordert. Sachlich begründete Überlegungen sollen helfen, machbare Umweltschutzprioritäten der Gesellschaft und der Unternehmen festzulegen. Die Schlußfolgerungen des "Rapport du groupe d'experts indépendants de simplification législative et administrative" (Groupe 'Molitor'; Kap.5, S.59,63,64) vom Juni 1995 werden hier als grundlegend betrachtet. Das vorhandene umweltpolitische Instrumentarium in Frankreich wird als ausreichend eingeschätzt:

"L'arsenal législatif et réglementaire qui couvre à la fois l'eau, les déchets, l'air (en cours), les emballages, les installations classées, permet de répondre aux exigences du développement durable. La question de la résorption des sites et sols pollués est actuellement en cours de règlement. Il reste à compléter le dispositif des assurances en matière d'environnement. Par ailleurs, la lutte contre le bruit en milieu urbain rest une préoccupation majeure pour l'ensemble des français" (Grivel 1995).

Der CNPF sieht eine klare Priorität: Die wichtigste Aufgabe der Unternehmen sei die Erzeugung von Reichtum und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Das 'entreprise citoyenne' und die Berücksichtigung von Umweltanliegen könne daher nie ein zentrales Unternehmensziel sein. Die Freiheit der Unternehmer und ihre Eigenverantwortung dürfe nicht angetastet werden. Nur die Unternehmen selbst wüßten, in welcher Form sie Arbeitskraft und Technik einsetzen müßten, um den Umweltschutz zu fördern.²⁰ Zusätzlich zu dieser Interpretation des *Subsidiaritätsprinzips*, die die Eigenverantwortlichkeit der Unternehmen betont, wird Subsidiarität auch auf drei institutionelle Ebenen hin ausbuchstabiert. Es bedeute in diesem Sinne, daß Fragen auf der institutionellen Ebene angegangen werden sollen, die am besten dazu geeignet sei: die nationale Ebene (in Bezug auf allgemeine Rahmen-

²⁰ Bspw. hat die EDF in einer freiwilligen Vereinbarung mit dem Umweltministerium erklärt, binnen 5 Jahren einen Teil ihrer Überlandnetze unterirdisch zu verlegen, wobei je nach Region andere Zielvorgaben des Prozentanteils vorgesehen werden konnten.

Regelungen), die EG-Ebene (in Bezug auf grenzüberschreitende Verschmutzungen, zur Vermeidung von Handelsschranken und Protektionismus in der Maske des Umweltschutzes innerhalb des Binnenmarktes, in Bezug auf Hilfe für die osteuropäischen Länder), die Welt-Ebene (in Bezug auf globale Fragen, z.B. Politik gegen Treibhauseffekt, und in Bezug auf die Umweltsituation in Entwicklungsländern).

Dialog mit Umweltschutzgruppen wird da für möglich und fruchtbar gehalten, wo diese einem liberalen Marktmodell folgen und sich für marktförmige Instrumente einsetzen. Die Konsumenten- und Wählerwünsche würden Orientierungshilfen geben. Wichtig sei eine demokratische Debatte zwischen Wissenschaft, Industrie und Politik:

"In short, we need a debate uniting all the actors concerned: ecologists, economists, scientists, manufacturers, politicians and philosophers. A new debate free of ideology. Ecology is not an ideology but a science based on concrete reality, seeking to promote the well-being of men and women, without compromising the heritage of future generations. It is a science at the service of sustainable development. This is a major challenge" (Nollet 1994:23).

Auch mit *reformorientierten Vertretern der Umweltbewegung* sei ein Dialog möglich, denn es gäbe - im Unterschied zu den *radikalen Umweltschützern* - nur graduelle, keine grundsätzlichen Differenzen:

"Le compromis raisonnable est par conséquent toujours possible et atteignable dans le respect des règles démocratiques de nos sociétés (...). De façon quelque peu brutale, on peut différencier les deux écologies en disant que si les tenants de l'écologie réformiste souhaitent que les hommes puissent voler dans des avions moins polluants, les partisans de l'écologie radicale veulent non seulement que l'avion rest à terre, mais aussi et surtout, qu'il soit détruit et qu'une telle 'aventure' ne voit plus jamais le jour. Il y a aussi de leur part un rejet complet de la technique moderne, telle qu'elle s'est développée depuis le fin du XVIII^{ème} siècle" (CNPF 1993:14).

Im Hinblick auf *umweltpolitische Steuerungsinstrumente* wird ein *Instrumentenmix* favorisiert, der die Rolle gesetzlicher Regelungen anerkennt, aber ihre Grenzen und die Eigenkapazitäten der Unternehmen betont:

"Pour que les progrès se fassent et pour qu'on est un maximum de progrès avec un minimum d'argent, il faut partir du terrain, c'est-à-dire partir des entreprises. (...) Donc, les entreprises sont pas en train de dire : "supprimer la réglementation". Pas du tout. Mais, elles disent très nettement : "Ne réglemez pas le management". Parce qu'alors là, c'est une erreur monstrueuse. Et on le voit bien nous quand on discute entre nous, que tel système et très bien adapté à telle entreprise, à telle autre, non. Pour des tas de raisons. C'est-à-dire, ce qu'elle fait, son historique, sa culture, etc." (110).

Kritisiert wird die Überschätzung der Vorteile von Öko-Steuern einerseits, die Unterschätzung der von ihnen ausgehenden Wettbewerbsnachteile sowohl auf inländischen Märkten als auch im Hinblick auf internationale Märkte andererseits. Z.B. sei eine EG-bezogene CO₂-Besteuerung ein gefährliches Instrument innerhalb des Weltmarktes und sie wird deswegen als nicht marktkonformes Instrument abgelehnt. Gegenüber Öko-Steuern seien in jedem Falle *finanzielle Anreizpolitiken* vorzuziehen. Gesetzliche Vorschriften und Regelungen werden in Grenzen als sinnvoll akzeptiert. Allerdings seien auch hier internationale Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Freiwilligen Leistungen der Industrie

käme - wie die Beispiele EpE und Eco-Emballages zeigen würden - besondere und zunehmende Bedeutung zu. In Frankreich selbst wird der Bericht des *Commissariat du Plan* (1993) als in dieser Hinsicht zufriedenstellend beurteilt. Es gehe um ein Maximum an Fortschritt bei einem Minimum an finanziellem Einsatz. Ein EG-Öko-Audit dürfe nicht eine feste Standardregelung für alle Unternehmen sein, sondern müsse dem erwähnten Subsidiaritätsgedanken Rechnung tragen.

Innerhalb der Wirtschaft variieren die Positionen nach strategischen Faktoren (dem Industriesektor, den Marktanteilen und -interessen), nach der Größe, nach persönlichem Engagement der Konzernspitze. Personalintensive Unternehmen sind Energiesteuern zugeneigter als andere. Industriezweige wie die chemische Industrie, die generell unter dem Umweltverschmutzungsverdacht stehen, sind stärker an internen umweltschutzbezogenen Effizienzsteigerungen interessiert als andere. Je nach Unternehmenskapazität wird mehr oder weniger Einsatz in DD investiert. Die Einschätzungen über das 'wirkliche' Engagement der Industrie und seine Beweggründe sind sowohl innerhalb der Administration als auch innerhalb der NGOs unterschiedlich. Einerseits erscheint Industrie und Wirtschaft als - verglichen mit der französischen Politik - dialogbereiter und fortschrittlicher im Hinblick auf Umweltschutzmaßnahmen und zivilgesellschaftliche Verantwortung. Einzelne Unternehmen versuchen, ihre Rohstoffeinkaufspolitik nach Kriterien der Sozial- und Umweltverträglichkeit zu organisieren. Andererseits wird ein großer Teil des Industriebetriebs doch auf die staatlichen Reglementierungen bezogen und als symbolisch-rhetorische Politik ohne realen Impact begriffen.

(2) Gewerkschaften

Unter den sonstigen Wirtschaftsakteuren nehmen weder die ohnehin in Frankreich sehr schwachen Konsumentenorganisationen noch die Gewerkschaften eine wichtige Rolle ein: "Les structures de consommation en France, enfin, les organisations de consommateurs n'ont jamais été très fortes. Elles n'ont pas non plus été très ouvertes sur les notions qualitatives. De même que le monde syndicale" (I11). Die Gewerkschaften (die CGT, die CFDT oder die FO) sind in der Umweltdiskussion wenig vertreten (Mouriaux/Villanueva 1994). Alle distanzieren sich mehr (CGT) oder weniger (CFDT) stark von den grünen Parteien. Zwar gibt es jeweils Umweltbeauftragte und die öffentlichen Umweltpolitiken werden verfolgt, aber ohne daß eine aktive öffentliche Rolle eingenommen wird oder werden kann. Betriebs- und arbeitsplatzbezogener Umweltschutz, Verbraucherschutz, Dritte-Welt-Politik und Friedenspolitik sind Themen der Auseinandersetzung mit Umweltschutzfragen. Im Rahmen der Beteiligung an internationalen Gewerkschaftlichen Organisationen wie der CISL tragen CFDT oder FO eine Konzeption von DD im Anschluß an die Agenda 21 mit (Syndicalisme vom 25.6.1992). Auch die 'Charte de L'environnement' der CFDT stützt sich in Anschluß an den Brundtland-Bericht und die Rio-Erklärungen auf den Begriff des DD: "Créer les conditions d'un développement durable et d'une croissance maîtrisée tel est le défi que nous devons relever. Cela va nous obliger à utiliser l'énergie et les ressources naturelles, les matières premières de façon plus efficace, plus économe et moins polluante" (Catz 1994:1). Allerdings sind die Gewerkschaften derzeit praktisch nicht an staatlichen Diskussionsforen zu Umweltfragen beteiligt. Für ein größeres Engagement in Sachen DD spielt die Idee internationaler Solidarität eine wichtige Rolle, aber nach wie vor sind die Gewerk-

schaften in erster Linie an Fragen der Arbeitsplatzsicherung und des Lohnanstiegs, d.h. auch an Fragen des Wirtschaftswachstums orientiert:

"En effet, même si la conviction que l'industrie doit intégrer les coûts de la protection de la nature et des villes a progressé, l'urgence des réponses à apporter au chômage et à l'affaiblissement de l'acteur syndical conduit celui-ci à réduire, parmi ses interventions immédiates, le combat pour le respect de l'environnement. Toutefois, dans ce processus dialectique d'échange entre conjoncture économique, politique et attitude syndicale, un nouveau 'retournement' paraît se dessiner, depuis le milieu de l'année 1989, même si les problèmes d'emploi occupent l'essentiel de la parole et de l'action confédérales" (Mouriaux/Villanueva 1994:37).

4 Institutionelle Innovation und Partizipation

Die Mobilisierung der Zivilgesellschaft in Sachen DD ist ein gemeinsames Anliegen der Akteure auf nationaler Ebene ist. Top Down-Initiativen (vor allem in der Initiierung lokaler Agenda 21 - Prozesse) sind deutlicher Ausdruck dieser Strategie. Verschiedene Tendenzen haben in Frankreich zur Betonung der Notwendigkeit erweiterter zivilgesellschaftlicher Partizipation beigetragen. Zum einen ist das traditionelle hierarchische Politikmodell mit seinem Schwergewicht auf administrativem-staatlichen Politikvollzug sowohl auf nationaler Ebene (wie die Energiedebatte zeigt) als auch auf lokaler Ebene angesichts der zahlreichen Nimby-Phänomene (Blockaden insbesondere von Abfallbehandlungsanlagen, aber auch von Industrieneuansiedlungen und Infrastrukturmaßnahmen) an seine Grenzen gestoßen. Zum zweiten hat die traditionell schwache Stellung des Umweltministeriums innerhalb der französischen Exekutive einen strategisch wichtigen engen Kontakt zwischen Ministerium und Umweltbewegung ermöglicht. Auch zu Wirtschaftsakteuren bestehen direkte Kontakte. Drittens schließlich hat das 'Ergrünen' der französischen Wirtschaft einerseits, die Professionalisierung und Normalisierung der Umweltbewegung andererseits eine dialogförmige Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Umweltverbänden und einzelnen Unternehmen ermöglicht. Aus diesen drei Faktoren ist Anfang der neunziger Jahre eine 'Kultur des Dialogs und der Verständigung/Abstimmung' entstanden, deren formaler Status derzeit nur schwer bestimmbar ist. Die Beschlüsse von Rio, insbesondere die Agenda 21, können eher als Hilfsmittel einer solchen Kultur des Dialogs betrachtet werden, als daß sie ihr eigentlicher Motor wären.

Zunehmend baut die Regierung Partizipationsdispositive in ihre Umweltgesetzgebung ein. Die Exekutive erachtet verstärkte Bürgerbeteiligung als unabdingbar und sieht sich hier im internationalen Vergleich in einer Vorreiterrolle:

"Le souci de mieux faire participer l'ensemble des intérêts à la décision publique en matière d'infrastructure, c'est un souci permanent du ministère de l'Environnement. La France est l'un des premiers pays à s'être doté d'une législation assez en avance sur les enquêtes publiques, dont se sont inspirées après les communautés européennes pour leur projet de directive, donc c'est quelque chose en France qui est assez régulier, et qui est d'autant plus vrai dans un Etat qui est assez centralisé, même s'il l'est moins qu'avant. Donc c'est une évolution normale et qui n'est pas contradictoire avec Rio" (18).

Die Exekutive betont als wichtigste institutionelle Neuerung die vorgesehene Einrichtung der Commission National du Debat Public (Loi relative au renforcement de la protection de l'environnement v.

2.2.95). Die konkrete Ausgestaltung dieser Commission ist noch nicht entschieden. Sie soll aus unabhängigen Personen des öffentlichen Lebens bestehen. Grundsätzlich soll sie vor der Inangriffnahme großer Infrastrukturprojekte eine öffentliche demokratische Debatte über deren Notwendigkeit und Implikationen führen und alle auftauchenden Argumente in einem Bericht bündeln. Sie kann dabei von Ministerien, Abgeordneten und Umweltverbänden angerufen werden und selbst öffentliche Debatten organisieren. Allerdings soll sie keine eigenen Vorschläge formulieren:

"C'est quelque chose de nouveau parce qu'actuellement la consultation se fait mais à un moment où il y a déjà un projet qui est proposé, et qui souvent est très difficile à dépasser. Ce qui est nouveau, c'est de voir en amont de l'adoption ou de la proposition d'un projet, s'interroger sur l'opportunité même du projet, et puis sur l'ensemble des enjeux que la décision finale devra intégrer" (I8).

Die Enquête Publique, das Recht auf Transparenz und Information in der Abfallwirtschaft, die gemeinsame Erarbeitung von Abfallwirtschaftsplänen, die Mitgliedschaft von Umwelt- und Wirtschaftsvertretern in der Zulassungskommission von Eco-Emballages oder in der CFDD und die Beteiligungsformen auf unteren territorialen Einheiten, aber auch die in ihrer Art neue nationale Energie-debatte sind Indizien für diesen Elan der zivilgesellschaftlichen Beteiligung. Ergänzt werden die zahlreichen Dispositive durch formal ungerichtete, in der Tendenz aber zunehmende Abstimmungsprozesse in Fragen der lokalen Infrastruktur (Runde Tische). Ähnlich wie das Umweltministerium propagiert die ADEME Umweltpartnerschaften mit Kommunen oder Unternehmen, und - neben der wissenschaftlich-technischen Infrastrukturentwicklung - die Förderung von Verständigungsprozessen zwischen den umweltpolitischen Akteuren:

"Alors que nous on a plus un rôle incitatif et de mise en relation des différents acteurs. Et donc on travaille essentiellement avec les entreprises et des collectivités locales. (...) les idées (.) d'associer les acteurs ensemble et essayer de trouver des points de convergence, ça peut rentrer dans ce concept de développement durable. (...) Notre rôle est (.) aussi de créer les liens entre ce qu'on pourrait appeler les niveaux de régulation, les niveaux politiques, la politique locale, la politique nationale et puis avec Bruxelles, un lien" (I13).

Die dialogische Öffnung der französischen Wirtschaft kommt in der Beteiligung an Organisationen (Orée, Comité 21), intensiver Öffentlichkeitsarbeit und prinzipiellen Gesprächsbereitschaften mit den Umweltschutzgruppen zum Ausdruck:

"Pratiquement toutes les entreprises, là, ont des relations, et y compris EPE avec les associations écologistes au niveau national. (...) Mais là le dialogue avec, qui peut très bien être conflictuel, mais, qui est un dialogue au niveau social avec les syndicats. Mais le syndicats, toutes les entreprises reconnaissent la nécessité d'avoir des syndicats, hein ? Donc, c'est un peu la même chose. Dialogue avec les élus, dialogue avec l'administration. On pense qu'il y a des progrès effectivement (..) C'est-à-dire aussi bien que les industriels comprennent le point de vue (c'est pour ça que ce n'est pas une communication unilatérale, c'est un dialogue), comprennent le point de vue des écologistes, mais également que les scientifiques fassent mieux connaître l'état de la situation et des connaissances, en la mettant sous une forme accessible au plus grand nombre de gens. Que tout le monde, y compris le grand public, donc ça commence à l'école, acquiert un certain nombre de connaissances permettant de réfléchir" (I10).

In den Augen der Wirtschaft haben auch die NGOs gelernt und sich von einer generellen, das Gespräch verunmöglichenden Nein-Haltung hin zu einem vernünftigen, um Lösung bemühten

Vorgehen bewegt:

"Donc on arrive maintenant à bien négocier, discuter avec eux et ils peuvent comprendre les avantages et les intérêts. C'est pour ça que de plus en plus, nous c'est ce qu'on essaye de développer, ce partenariat, justement entre la la collectivité au sens large et l'entreprise (..) C'est une des conditions pour arriver à ce consensus local, d'associer les associations de protection de l'environnement le plus tôt possible. le plus en amont possible. (..) Avant même la réalisation de projets, il faut que tous les acteurs soient associés. (..) C'est peut-être ça aussi le développement durable. Parce que le quatrième pôle qui sous-tend les trois pôles : économique, social, et environnement, c'est l'éthique, hein ? Donc, ce côté éthique, c'est le côté transparence, consensus. Arriver à intégrer tous les acteurs en, tous les acteurs en général à discuter ensemble. Moi, les expériences que j'ai, je vous dit par rapport à ces zones d'activité ou etc, ça se passe plutôt bien. (..) Parce qu'on sait aussi, que ce soit du côté de l'économie des entreprises ou même de la collectivité, qu'il y a plus de projets d'infrastructures, d'équipements ou de gros projets, qui se font sans l'accord ou au moins la discussion avec les associations. Qui (représentent) la population de toute façon, donc. Tous les phénomènes de Nimby, par exemple, c'est vrai, sont très présents, donc ça permet de débloquent des situations" (I12).

Bedeutsam werden dabei auch direkte Dialoge zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Gebietskörperschaften ohne die nationalen administrativen Strukturen:

"Mais le gouvernement omniprésent est plutôt souvent là pour réduire les choses ou les ralentir que les accélérer. C'est plus un dialogue direct dont on a besoin maintenant et pas forcément sous l'égide de l'Etat. (..) C'est là où on va pouvoir développer des actions de développement durable au niveau local. Au niveau national ils sont trop à se bagarrer entre les pays pour ..." (I12).

Die NGOs sind mit den Formen und der Praxis ihrer formellen und informellen Einbindung in politische Entscheidungen und Diskussionen unzufrieden. Selbstkritisch wird ein Grund dafür auch in den mangelnden eigenen Kapazitäten gesehen. Trotz der vielfach stattfindenden Mitarbeit in Gremien auf nationaler Ebene wird der reale Einfluß auf die Exekutive als gering eingeschätzt. Verbände wie FNE oder SUD (CRID) sind zwar Mitglied der CFDD oder ähnlicher Kommissionen und Arbeitsgruppen, aber da diese wiederum nur geringes politisches Gewicht haben, hat diese Beteiligung eher symbolischen Charakter. Die vielfältigen Verständigungsprozesse auf lokaler Ebene entwickeln sich aus ihrem informellen Status zunehmend zu Beziehungen zwischen Personen und gewinnen daraus Bedeutung:

"C'est-à-dire que ça met en cause même les corps sociaux traditionnels et les réflexes de corporatisme. Alors ça peut se faire comment ? Ça ne se fait, pour l'instant, et c'est vrai que France Nature Environnement à une certaine expérience qu'à travers des gens qui sont des passe-murailles. Des gens qui font la liaison. Qui permettent de recomposer des relations qui jusqu'à présent étaient souvent systématiquement conflictuelles. (..) Le cas typique c'est ce qu'on est en train d'essayer de faire avec une grande entreprise française d'aluminium, en discutant directement avec les dirigeants, plus du tout avec, enfin les techniciens c'est autre chose, et la Com, la communication on ne s'en préoccupe pas à la limite, sur la question par exemple : "Comment introduire le principe de précaution dans la gestion des risques ?". On confronte des conceptions" (I5).

Von den NGOs wird die staatliche Umgangsweise mit Partizipation als zu starr eingeschätzt:

"Alors c'est marrant, c'est plutôt avec les industriels que France Nature Environnement travaille le

plus. (...) L'administration ne sait réagir à ce besoin de dialogue, de concertations, de discussions sociales de la norme écologique, ou de la norme de transformation, de développement durable, qu'à partir de structures, une Commission Machin, etc (...). Mais les choses, les choses vraies se passent ailleurs. Elles se passent dans la diffusion des idées, dans la construction des alternatives avec des gens qui veulent bien et surtout dans la diffusion des gens. (...) Donc, sur ce plan là, ça évolue. Les systèmes, et il y a à mon avis des tas d'autres systèmes de concertation à mettre en oeuvre, beaucoup plus souples, beaucoup moins brisant. Par exemple, le référendum d'initiative locale, c'est quelque chose qui ne fonctionnera jamais chez nous. Un médiateur, ça peut fonctionner. mais un référendum initiative locale, ça se termine toujours, y a deux positions, c'est le choc, et soit l'élu soit les autres se brisent, alors, se cassent" (15).

Sie sehen dringenden Entwicklungsbedarf von Partizipationsmechanismen auf der Ebene der konkreten Ausgestaltung solcher Beteiligungsprozesse. Dies ist für sie der zentrale Kern des Subsidiaritätsprinzips. 'Citoyenneté mondiale' und 'democratie locale' sind zwei Hauptpfeiler der angestrebten anderen Gesellschaft. Sie fordern diesbezüglich politische Strukturen, die einer solchen Beteiligung angemessenen und gleichberechtigten Spielraum geben. Als Maßnahmen werden etwa vorgeschlagen: Umweltbilanzprüfer für Unternehmen sollten eingeführt werden, eine Evaluation der Entwicklungshilfe und der Zusammenarbeitspolitik sollte durchgeführt werden, die etablierten institutionellen Ordnungen sollten durch Integration von NGO-Vertretern in offizielle Delegationen provoziert werden, die Auswirkungen von Gesetzen auf die Natur oder die Umweltökonomie sollten geprüft werden, Vertreter von Entwicklungsländern sollten in die hiesigen politischen Beratungsgremien einbezogen werden, eine nationale Debatte über DD sollte durchgeführt werden, der nächste Bericht der Regierung an die Vereinten Nationen sollte zusammen mit den Kritiken und Widersprüchen der NGOs erstellt werden. Die Administration sollte Kriterien des DD in ihre Ausschreibungen (etwa bei Infrastrukturmaßnahmen) einbeziehen. Auch die Forderung nach der Ermöglichung wissenschaftlicher Gegenexpertisen gehört zu diesem Kanon.

Alle Akteursgruppen betonen so die Notwendigkeit von Partizipation und Dialog. Die Exekutive ist bestrebt, entsprechende Vorkehrungen auszubauen und rechtlich abzusichern. Wirtschaft, NGOs und Gebietskörperschaften initiieren auf vielen informellen Wegen Verständigungsprozesse. Als hinderlich für eine stärkere Teilnahme der NGOs erscheinen vor allem ihre geringen Mobilisierungskapazitäten (finanzielle und personelle Ressourcen) als auch die starke Monopolisierung von Wissen und Sachverstand in der Administration. Insgesamt schreiben allerdings alle Akteure informellen Verständigungsprozessen eine wichtigere Rolle zu als formalisierten Beteiligungsverfahren.

5 Bilanz: Semantik und Pragmatik eines Begriffs

In der vorliegenden Studie wurde das institutionelle und diskursive Feld von DD in Frankreich beschrieben. Auf der Ebene der *Semantik* der (zivil)gesellschaftlichen Diskurse können typisierend zwei konkurrierende Rahmungen von 'développement durable' unterschieden werden. Der Diskurs von Exekutive und Wirtschaft bringt das Konzept in erster Linie mit der Sicherung wirtschaftlicher Gewinnchancen und Wachstumsbedingungen unter effizienterer Ressourcennutzung und optimiertem produktionsbezogenem Umweltschutz im Rahmen der gegenwärtigen (westlichen) Industriegesellschaft

in Verbindung. Vom überwiegendem Teil der Exekutive (Politik/Administration) und von der Wirtschaft (nationale und internationale Großunternehmen) wird DD in Bezug auf verbesserte Umweltschutzmaßnahmen ausbuchstabiert: "L'enjeu est donc clair: il faut que les politiques publiques et les choix des acteurs économiques comme de nos citoyens prennent mieux en compte les questions d'environnement" (Premierminister Balladur in: Ministère de l'Environnement 1994d:32). Die wichtigsten Referenztexte für Regierung/Administration sind dabei Brundtland-Bericht und die Beschlüsse von Rio. Ihre derzeitige Hauptaktivität besteht in der Generierung wissenschaftlich-administrativen Wissens über DD. Die Wirtschaft stützt sich ebenfalls auf den Brundtland-Bericht, vor allem aber auf die verschiedenen Programmformulierungen der Wirtschaftsverbände (Changer de Cap, Charta der Internationalen Handelskammer) und EG-Programme ('Towards Sustainability', Molitor-Bericht). Sie legt den Schwerpunkt auf die ökonomische Vertretbarkeit und wissenschaftliche Fundierung umweltschutzbezogener Maßnahmen. DD wird als Rahmen für Maßnahmen betrieblichen Umweltschutzes eingesetzt. Auch wenn dieser Teildiskurs einen Instrumentenmix zur Steuerung befürwortet, so liegt seine Präferenz doch eindeutig bei Selbstregulierungsmaßnahmen der Wirtschaft.

Von Teilen der Administration und den NGOs wird demgegenüber die globale, sektor-übergreifende und (mögliche)-integrierende Leistung von DS (Verknüpfung ökologischer, sozialer, ökonomischer, ethischer Fragen) betont. Diese Rahmung zielt auf die Diskussion umfassenderer Alternativen zum derzeitigen westlichen industriegesellschaftlichen Modell. Staatliche regulierende Eingriffe spielen hier eine größere Rolle. Die Idee von DS wird eingesetzt, um ein globales Problemverständnis mit lokalem Handeln zu vermitteln. Dieser Diskurs visiert alternative gesellschaftliche Organisationsformen für Produktion und Konsumption an. Diese Vision erreicht aber nicht den Status einer breiten gesellschaftlich-öffentlichen oder politischen Diskussion.

Auf der Ebene der *Pragmatik* des administrativen und zivilgesellschaftlichen Handelns werden bislang in erster Linie umweltschutzbezogene Sensibilisierungen und Verbesserungen (einschließlich der Ressourceneinsparung) auf Unternehmensebene oder der Ebene der Gebietskörperschaften nunmehr unter dem Begriff des DD durchgeführt. Die Umsetzung in konkretes Handeln bezieht sich dabei vor allem auf Formen der Effizienzsteigerung. Suffizienzstrategien werden nicht diskutiert. Allerdings zeigt sich die Eignung des Begriffs 'développement durable', gegenwärtige westlich-industriegesellschaftliche Trends wie zivilgesellschaftliche Partizipation und Umweltschutz unter einem Rahmen zu bündeln. Maßnahmen in anderen Politikbereichen - gesellschaftliche Gleichstellung der Frauen, Integrationspolitiken und Kampf gegen die Armut - werden demgegenüber kaum auf DD bezogen.

Der umweltschutzbezogene Teildiskurs zieht eine zufriedene Bilanz der bisherigen Umsetzung von DD in Frankreich:

"Depuis le sommet de la Terre, la France a systématiquement recherché à inscrire son action dans le prolongement des débats de Rio et à en mettre en oeuvre les conclusions opérationnelles. De nouvelles orientations des politiques ont été introduites tant pour les administrations centrales que pour les différents agences et institutions chargées des programmes de coopération et de développement"

(Ministère de l'Environnement 1993:30).

NGOs kritisieren die Tendenz, DD nur als Erneuerung der Umweltpolitik aufzufassen und den Zusammenhang zwischen Ökonomie, Ökologie und dem Sozialen zu vergessen (Mousel in: Ministère de l'Environnement 1994d:28). Der globale Teildiskurs stellt mithin große Defizite der französischen Umsetzung von DD fest. Deren Ursachen werden in erster Linie im mangelnden politischen Willen der französischen Regierung gesehen: "Enfin, ça n'intéressait pas grand monde, dans le précédent gouvernement, et avec ce gouvernement là, je crois que ça n'intéresse encore moins de monde" (17). Teilweise wird auch die Dominanz ökonomischer Interessen beklagt. So wird in einem Interview ein Unternehmen erwähnt, das unter dem Etikett 'Umstrukturierung hin zu DD' Entlassungen vornimmt:

"Je vous donne un exemple, j'ai eu la semaine dernière un appel téléphonique d'une entreprise, d'une grosse entreprise française, qui me demandait une définition courte du développement durable. Pourquoi ? Parce qu'ils sont en train de restructurer leur entreprise et ils veulent, ils voulaient la restructurer sous le terme du développement durable. Donc je leur ai demandé un petit peu ce que ça voulait dire. Ben, ça voulait dire que, bon effectivement ils allaient licencier un certain nombre de personnes, et qu'ils allaient restructurer. Et bon, on a essayé, j'ai essayé avec cette personne de trouver un, et c'était la partie communication, de l'entreprise qui m'appelait. Et on a essayé de trouver une définition, parce que bon, j'ai quand même un petit échantillonnage de définitions, et effectivement ils ont trouvé une définition, qui était une définition du développement durable qui pouvait s'appliquer à une entreprise. Mais bon, ça m'a quand même un petit peu étonné. Parce que ça veut quand même dire derrière, plan de restructuration de l'entreprise. Hein, donc, compression de personnel. Alors masquer tout ça, sous : "développement durable de l'entreprise"(17).

In einer Veröffentlichung über Raumordnungspolitik heißt es:

"En définitive, le problème pour l'environnement est moins celui d'une intégration de la dimension écologique dans la politique d'aménagement du territoire (même si cela reste un objectif prioritaire) que celui de l'affirmation réelle d'une politique d'aménagement du territoire qui ne soit pas seulement l'accompagnement de tendances économiques considérées comme inéluctable" (Passet/Theys 1995:18).

Schließlich wird auch die bisherige Rolle der Brüsseler Kommission und ihre Setzung von Rahmenbedingungen als hinderlich für einen umfassenderen Ansatz von DS eingeschätzt.

Die konkrete Bestimmung der Inhalte von DD ist Gegenstand einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die sich auf klassisch-moderne Diskurse (Neoklassik, Wirtschaftsliberalismus - Priorität politischer Gestaltung) über das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bezieht und auf Fragen einer '(Nicht)Politik der Bedürfnisse' hinläuft. Dennoch ermöglicht DD auch neue Koalitionen zwischen den etablierten Akteuren. Der Zusammenschluß von Umwelt- und entwicklungspolitischen NGOs, die Koalition zwischen Langzeitinteressen der Wirtschaft, der Administration und der NGOs gegen die kurzen Zeithorizonte der Politik sind Beispiele dafür. Unabhängig von der Diskussion um DD hat sich zwischen den an der umweltpolitischen Diskussion beteiligten Akteursgruppen eine Kultur der Abstimmung, Verständigung, Dissensklärung und des Dialogs entwickelt, die mittlerweile auch im Hinweis auf die Beschlüsse von Rio legitimiert wird. Als insgesamt problematisch wird eher das traditionell mangelnde Interesse der französischen Öffentlichkeit (Zivilgesellschaft) und - ent-

sprechend - der politischen Repräsentanz für Fragen des Umweltschutzes und des DD erachtet. Administration, Wirtschaftsakteure und NGOs entwickeln zusammen oder einzeln auf nationaler Ebene die weiter oben beschriebenen top down-Strategien der lokalen Mobilisierung unterhalb der Ebene einer allgemeinen politischen Unterstützung. Die für 1996 angekündigte nationale Debatte über DD kann insgesamt dazu beitragen, die Öffentlichkeit und die Institutionen erstmalig im Hinblick auf DD zu sensibilisieren. Die den unterschiedenen, konkurrierenden Teildiskursen gemeinsame und durch die Leitidee von 'sustainable development' ermöglichte grundsätzlich anthropozentrische Ausrichtung der Diskussion um (globale) gesellschaftliche Zukünfte kann dazu beitragen, das generelle (und weithin überzogene) Mißtrauen großer Teile der französischen (intellektuellen) Öffentlichkeit (z.B. Ferry 1992) gegenüber der Umwelt- und Naturschutzbewegung zu überwinden.

Veröffentlichungen wie diejenige des Commissariat Général du Plan (1993), Antoine/Barrère/Verbrugge (1994) oder Passet/Theys (1995) dokumentieren einen fortgeschrittenen Reflexionsstand in Bezug auf DD unter Berücksichtigung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte. Vor dem Hintergrund der durchgeführten Studie bleibt die Frage danach, ob solche Überlegungen jenseits der politischen Rhetorik die praktische Politik beeinflussen werden, derzeit offen. Die derzeitige Politik der Haushaltskonsolidierung scheint einem solchen Prozeß nicht sehr förderlich und wird nicht mit DD verknüpft. Doch unterhalb der Ebene der massenmedialen und politischen Öffentlichkeit verbreitet sich der Begriff des 'développement durable' als denk- und handlungsanleitender Rahmen zwar langsam, gegen Widerstände, aber zunehmend. Diese Bewegung wird getragen von kleinen Teilen der Administration und von den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren: "Vous avez partout des gens qui commencent à raisonner en développement durable. Bon, et ça, ça ne se voit pas. Ce que je veux dire, simplement, le débat n'est pas un débat organisé, affiché, institutionnalisé. Mais dans la base, la lame de fonds" (11).

6 Literatur

- ADEME (1992): Ademe pour un développement durable. Angers.
- ADEME (1993): Les Entreprises Françaises et la Protection de l'Environnement. Angers.
- alternatives économiques (1993): Demain la Terre. Rio, un an après. Stratégies pour un développement durable. Nr. 17.
- Alphandéry, P./Bitoun P./Dupont, Y. (1992): L'équivoque écologique. Paris: La Découverte.
- Ammon, G. (1989): Umweltbewusstsein in Deutschland und Frankreich. In: Lendemains Nr.54, S.144-149.
- Antoine, S. (1995): Vers un modèle européen de développement durable. In: devenirs Nr.21, S.11-25.
- Antoine, S./Barrère, M./Verbrugge, G. (1994): La planète Terre entre nos mains. Guide pour la mise en oeuvre des engagements du Sommet planète Terre. Paris: La Documentation Française.
- Antoine, S./Rivière, G. (1995): Dix Propositions. S.239-263 in: Passet/Theys (1995).
- Barnier, M. (1990): Chacun pour tous. Le défi écologique. Paris: Stock.
- Bourdieu, P. (1989): La noblesse d'état. Grandes Ecoles et Esprit de Corps. Paris: Minuit.
- Brodhag, C. (1994): Les Quatre Vérités de la Planète. Pour une autre civilisation. Paris: Editions du Félin.
- Catz, H. (1994): Négocier l'Environnement dans l'Entreprise. Paris.
- CEDI/CLOSI (Eds.) (1992): For the environment and for development, to work for an international democracy. French NGO's Official Report. Paris.
- Chabason, L./Theys, J. (1991): Le Plan National pour l'Environnement. In futuribles Nr.152, S.45-73
- Chansou, M. (1994): Développement durable, un nouveau terme clé dans les discours politiques. In: Mots. Les langages du politique. Nr.39, S.99-105.
- Cingal, G. (1995): Sustainable Development. The Situation in France. Manuskript
- Cité des Sciences et de l'Industrie (Ed.) (1994): Les paradoxes de l'environnement. Paris: Albin Michel.
- CNPF (1993): Le développement durable: l'approche des entreprises. Paris
- Commissariat Général du Plan (1993): L'économie face à l'écologie. Paris: La Découverte/La Documentation Française
- Comité 21 (Ed.) (1995a): Bien gérer aujourd'hui la commune pour le 21ème siècle. Paris.
- Comité 21 (Ed.) (1995b): Actions 21. Lettre du Comité 21. Nr.1. Paris
- Commission Française du Développement Durable (1995a): Esambert, B. - Les Conditions et les Moyens du Développement Durable. Les Cahiers du Développement Durable Nr.1. Paris
- Commission Française du Développement Durable (1995b): Conférence Européenne des Commissions Nationales du Développement Durable. Synthèse. Paris
- Conseil économique et social (1994): Bilan et perspectives des activités industrielles liées à la protection de l'environnement en France. Rapport présenté par M. Michel Pecqueur. Paris: Journal Officiel.
- CRID (Ed.) (1992): Environnement et Développement. Les nouvelles Synergies. Paris.
- CRID (Ed.) (1993): un monde avenir. Après Rio. Actes du Colloque international. Paris.
- CRID (Ed.) (1994): Population et Développement Durable. Conférence des ONG Francophones. Paris.
- Dessus, B. (1993): Stratégies énergétiques pour un développement durable. Paris: FPH.
- devenirs (1995) Nr.31: Le développement durable. Paris
- Dron, D. (1995): Pour un débat publique national. In: Les réalités de l'Ecologie Nr.67, S.50-51.
- Dron, D./Cohen de Lara, M. (1995): Pour une politique soutenable des transports. Paris: Ministère de l'Environnement/Cellule de prospective et de stratégie.
- Duclos, D. (1991): Les Industriels et le risque pour l'environnement. Paris: Harmattan.
- EIU (1990): French Policy on the Environment. London: EIU.
- Environnement actualité (1990): Plan National pour l'Environnement. Supplément Nr. 122. Paris: Ministère de l'Environnement.
- Faucheur, P. (1995): L'environnement dans la loi d'orientation pour l'aménagement et le développement du territoire. S.224 in: Passet/Theys (Eds.).
- Ferry, L. (1992): Le nouvel ordre écologique. Paris: Grasset.
- Godard, O. (1993): Le développement durable. S.132-143 in: Commissariat Général du Plan (1993).
- Grivel, R. de (1995): L'avis du CNPF (lettre). Paris.
- IDF-Environnement (1994): Un développement durable de l'Île de France. liaison.
- INRA (Ed.) (1992): Rio. Les Dossiers de la Cellule Environnement. Nr. 3. Paris.
- INRA (Ed.) (1995): Le Courrier de l'Environnement de l'INRA Nr.23. Paris
- Jeannotat, R. (1990): Französischer Umweltschutz verstärkt. Der 'Plan Vert' für das Jahr 2000. In: Dokumente Nr.6, S.490-494.
- Journal Officiel (1994): Politique de la France en matière d'environnement suite au Sommet de la Terre de Rio de Janeiro. JO vom 28.7.94.
- Larrue, C. (1995): Des principes d'organisation pour agir. S.229-238 in: Passet/Theys (Eds.).
- Lascombes, P. (1994): L'éco-pouvoir. Environnements et Politiques. Paris: La Découverte.
- Légrand, P. (1995): Agriculture durable: mobilisation pour un concept en formation. In: devenirs Nr.21, S.30-35.
- Le Saout, D./Trom, D. (1995): France: Media Discourse, Actor Strategies and Institutional Rules. S.225-244 in: Eder, K. (Ed.), Framing and Communicating Environmental Issues. Final Report to the EC. Berlin.
- Les Cahiers Français (1991): Environnement et gestion de la planète. Nr. 250.
- Lipietz, A. (1993): Vert espérance. L'avenir de l'écologie politique. Paris: La Découverte.
- Lipietz, A./Radanne, P. (1993): Energie: élargir les marges de liberté. S.246-259 in: Commissariat Général du Plan (1993).
- Mathieu, J.-L. (1992): La défense de l'environnement en France. Paris:Puf.
- Ministère de l'Environnement (1990): Plan national pour l'Environnement. Environnement actualitéNr.122. Paris.

- Ministère de l'Environnement (1993): Partenariat pour le Développement Durable. Contribution de la France à la Commission du Développement Durable des Nations Unies. Paris
- Ministère de l'Environnement (1994a): Rapport de la France à la Commission du Développement Durable. Paris
- Ministère de l'Environnement (1994b): La protection de l'environnement méditerranéen. Contribution de la France. Paris: La Documentation Française
- Ministère de l'Environnement (1994c): L'Environnement. Un défi pour la XXI^e siècle. Paris.
- Ministère de l'Environnement (1994d): Actes de la deuxième Conférence nationale de l'environnement. Paris.
- Ministère de l'Environnement (1995a): Loi relative au renforcement de la Protection de l'Environnement + Dossier de Presse. Paris.
- Ministère de l'Environnement (1995b): Rapport de la France à la Commission du Développement Durable des Nations-Unies. Paris
- Ministère de l'Environnement (1995c): Rapport de la France (Synthèse). Paris
- Ministère de l'Environnement/ADEME (1995): La France et l'effet de serre. Paris
- Mouriaux, R./Villanueva, C. (1994): Les syndicats français face à l'écologie, de 1972 à 1992. In: Mots. Les langages du politique. Nr.39, S.36-52.
- Mousel, M. (1995): Le développement durable. In: devenirs Nr.21, S.1-10.
- Müller-Brandeck, G. (1995): Die institutionelle Dimension der Umweltpolitik in Frankreich, Deutschland und der Europäischen Union. Habilitation. München.
- Nollet, P. (Ed.) (1994): Principles for better environmental Management. Management Practices in Industry: Examples from French Industry. Paris: Entreprises pour l'Environnement.
- Nungesser, R./Royal, S. (1994): Rio, deux ans après: Un espoir déçu, un sursaut attendu. Paris: Assemblée Nationale.
- CESTOM/Le Monde diplomatique (1993): Une Terre en Renaissance. Les semences du développement durable. Paris
- Fassat, R./Theys, J. (Eds.) (1995): Héritiers du Futur. Aménagement du Territoire, Environnement et Développement Durable. Paris: datar/édition de l'aube.
- Peixoto, O. (1993): Les Français et L'Environnement. Paris: Editions de l'Environnement.
- Pischaud, J.-P. (1995): Ville et développement durable. In: devenirs Nr.21, S.26-29.
- Plan National pour L'Environnement (1990). In: Journal Officiel Nr. 61, S. 3491-3541.
- Politis (1994): La terre à venir. Environnement et développement. Nr.20.
- Roger, A./Guéry, F. (Eds.) (1991): Maîtres & Protecteurs de la Nature. Paris: Champ Vallon.
- Rucht, D. (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen. Frankfurt: Campus.
- Sachs, I. (1993): L'écodéveloppement. Paris: Syros.
- Sainteny, G. (1994): Les medias français et l'environnementalisme. In: Mots. Les langages du politique. Nr. 39, S.106-111.
- Sauviron, J.P. (1994): Débat National Energie et Environnement. Rapport de Synthèse. Paris.
- Schmidheiny, S./BCSD (1992): Changer de Cap. Paris: Dunod.
- Schreiber, H. (1991): Umweltpolitik in Großbritannien und Frankreich. Berlin: UBA.
- Simonet, D. (1994): L'écologisme. Paris: Puf.
- Theys, J./Kalaora, B. (Eds.) (1992): La Terre outragée. Paris: Autrement.
- Tiers Monde (1994): Après le Sommet de la Terre: Débats sur le développement durable. Nr.137.
- Verbrugge, G. (1995): From Rio to Copenhagen. In: EPEInfoService Nr.2, S.5.
- Vert-Contact (1992): Déclaration commune CNG-Les Verts à propos du processus de Rio. Nr.229

Neben aktorenspezifischen Informationsmaterialien wurden folgende Zeitungen und Zeitschriften herangezogen:

Le Figaro
 Le Monde
 Le Monde Diplomatique
 Libération
 Syndicalisme
 un monde à venir (CRID)

Verzeichnis der durchgeführten Interviews

- I1: Ministère de L'Équipement, du Transport et du Tourisme
- I2: Agence Regionale de l'Environnement et de l'Énergie, Ile de France
- I3: 4D - association dossiers et débats pour le développement durable
- I4: CRID - Collectif recherche information sur le développement
- I5: FNE - France Nature Environnement
- I6: CFDD - Commission Française du Développement Durable
- I7: Ministère de l'Environnement
- I8: Ministère de l'Environnement
- I9: Ministère de l'Environnement
- I10: EpE - Entreprise pour l'Environnement
- I11: Comité 21
- I12: Orée - Partenariat Entreprises et Collectivités
- I13: ADEME - Agence de L'Environnement et de la Maîtrise de l'Énergie
- I14: CFDT - Confédération Française du Travail

Die Interviews wurden Ende September 1995 durchgeführt. Allen Befragten möchte ich an dieser Stelle für ihre Empfangs- und Auskunftsbereitschaft danken. Für hilfreiche Informationen danke ich darüberhinaus Mr Thierry Lavoux (IFEN) und Mr Cingal (Administrateur von FNE, Président von SEPANSO LANDES).

Verzeichnis der Abkürzungen

ADEME: Agence de l'Environnement et de la Maitrise de l'Energie
 AFCCRE: Association Francaise pour le Conseil des Communes et Régions d'Europe
 AFME: Agence Francaise de la Maitrise de l'Energie
 AITEC: Association des Ingénieurs et techniciens
 ANDRA: Agence Nationale pour la Gestion des Déchets Radioactifs
 ANRED: Agence Nationale pour la Récuperation et l'Elimination des Dechets
 AQA: Agence pour la Qualité de l'Air
 CEDI: Collectif Environnement Développement International
 CEDIDELP: Centre de Documentation Internationale pour le Développement, les Libertés et la Paix
 CFDD: Commission Francaise du Développement Durable
 CFDT: Confédération Francaise du Travail
 CGT: Confédération Général du Travail
 CIEN: Comité Interministeriel de l'Environnement
 CISL: Confédération internationale des syndicats libres
 CLOSI: Comité de Liaison des organisations de solidarité internationale
 CNPF: Conseil National du Patronat Francais
 CPVS: Centre de Prospective et de Veille Scientifique
 CRID: Centre de recherche et d'information pour le développement
 DATAR: Délégation à l'Aménagement du territoire et à l'Action régionale
 DIREN: Directions regionales de l'environnement
 DRAE: Délégués Regionaux à l'Architecture et à l'Environnement
 DRIRE: Directions Regionales de l'Industrie, de la Recherche, et de l'Environnement
 EDF: Electricité de France
 EpE: Entreprise pour L'Environnement
 EPE: European Partners for Environment
 FNE: France Nature Environnement
 FO: Force Ouvrière
 ICLEI: International Council of Local Environmental Initiatives
 IPEN: Institut Francais de l'Environnement
 INEM: International Network for Environmental Management
 MNLE: Mouvement National de Lutte pour l'Environnement
 NGO: Non Governmental Organisation
 PDG: Président Directeur Général
 PS: Parti Socialiste
 SUD: Solidarité et Urgence Développement
 WWF: World Wildlife Fund for Nature
 4D: Association Dossiers et Débats pour le Développement Durable'

Liste der bisher erschienenen MPS-Texte:

Keller, Reiner: Medienselektivität und Umweltberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland, München, MPS-Texte 1/95

Brand, Karl-Werner & Pofert Angelika: Framing and Communicating Environmental Issues - The German Case, Final Report to the Commission of the European Communities, Research Project PL210493, München, MPS-Texte 2/95

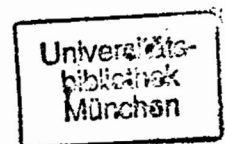
Brand, Karl-Werner: Framing and Communicating Environmental Issues - Strategies of Environmental Communication in Germany, Report to the Commission of the European Communities, Research Project PL210493, München, MPS-Texte 3/95

Jochum, Georg: Sustainability and Environmental Policy in Germany. Interim Research Report for the European Commission's Research Project "Environmental Sustainability and Institutional Innovation" BR 838/4-1, München, MPS-Texte 4/95

Barthe, Susan & Dreyer, Marion: Zwischenbericht des DFG-Forschungsprojekts ED 25/7-1: Reflexive Institutionen? Eine Untersuchung zur Herausbildung eines neuen Typus institutioneller Regelungen im Umweltbereich, Projektleitung: Klaus Eder & Karl-Werner Brand, München MPS-Texte 5/95

Brand, Karl-Werner: "Nachhaltige Entwicklung": Diskursvarianten und institutionelle Effekte, München, MPS-Texte 6/95

Keller, Reiner: Environmental Sustainability and Institutional Innovation in France, Landscape Study. Report to the Commission of the European Communities, Research Project "Environmental Sustainability and Institutional Innovation" BR 838/4-1, München, MPS-Texte 1/96



Impressum:

MPS-Texte - Nr. 1/96

ISSN 0943-00679

Münchner Projektgruppe für Sozialforschung * MPS e.V.

Dachauer Str. 189, 80637 München

Tel: 089 - 15 57 60

Fax: 089 - 1 57 79 49

e-mail: MPSeV@t-online.de

Für den Inhalt sind die jeweiligen AutorInnen verantwortlich.

Schutzgebühr DM 5,-, zzgl. Porto